Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Fernsprecher Nr. 58. **Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich** Fernsprecher Nr. 58.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage • Als Beigabe das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 5.00.

Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 41800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gespaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4gespaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 8½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 14 | Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab. | Mittwoch, 19. Januar 1921. (Kanut) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 48. Jahrgang

Herr Loucheur will helfen — wir danken.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 19. Jan. Der deutsche Eisenbahnerverband und die Reichsgewerkschaft haben die Vorschläge der Regierung genehmigt.

Berlin, 19. Jan. 216 000 in Schlesien nicht beheimatete Abstimmungsberechtigte haben sich zur Abstimmung in Oberschlesien angemeldet.

Berlin, 19. Jan. Nachdem Japan durch Herrn Heorki einen Botschafter in Berlin bestellt hat, ist Staatssekretär Solf in Tokio zum Botschafter ernannt worden.

Leipzig, 19. Jan. Die Verhandlungen zwischen den Metallindustriellen und den noch ausständischen Arbeitern von 16 Firmen haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt, so daß von der beschlossenen Aussperrung von 50 v. H. der Metallarbeiterschaft abgesehen werden konnte. Die Hauptforderung, daß restlos alle Ausständischen wieder eingestellt werden sollten, ist fallengelassen worden.

Haag, 19. Jan. Das Haagsche Korrespondenzbüro erklärt alle Meldungen über eine angebliche Verschwörung des ehemaligen deutschen Kaisers und seines Sohnes für erfunden.

Wien, 19. Jan. Die Großdeutschen bereiten für die nächsten Tage in ganz Oesterreich Kundgebungen für den Anschluß an Deutschland vor. Morgen werden die deutschnationalen Studenten auf dem Ring und vor dem Parlament eine Kundgebung in diesem Sinne veranstalten, an der auch die Rektoren und viele Professoren der Hochschulen teilnehmen wollen.

Rom, 19. Jan. D'Annunzio verläßt morgen Fiume und zieht sich in die Nähe von Paris zurück. Er erklärt öffentlich, er wünsche an fremden Bewegungen nicht teilzunehmen, behalte sich aber Handlungsfreiheit für die Zukunft vor. (Das kann gut werden.)

Washington, 19. Jan. Harding hat beschlossen, eine außerordentliche Sitzung des Kongresses für den 4. April einzuberufen.

Worauf man abzielt.

Paris, 18. Jan. Der Minister für die befreiten Gebiete, Loucheur, äußerte sich einem Vertreter des Pariser „Journal" gegenüber zum Entschädigungsproblem. Er sagte: Wenn Deutschland so weiterwirtschaftet, wird die Mark durch immer neue Ausgaben von Papiergeld verschlechtert. Solange wird die Entente nicht warten. Sie habe das größte Interesse an der Wiederaufrichtung Deutschlands und werde nicht davor zurückschrecken, alle erforderlichen Maßnahmen mit Amerika durchzuführen.

Loucheur entwickelte dann einen Plan für die Uebernahme der deutschen Verwaltung durch die Entente, die er eine „ehrenhafte Liquidation" nannte. Man werde zunächst die Mark auf ihren wirklichen Wert setzen, d. h. sie werde dann nur noch den vierten oder fünften Teil ihres heutigen nominellen Wertes haben. Zunächst werde man das deutsche Budget in Ordnung bringen. Dazu gehöre sofortige Erhöhung der deutschen Eisenbahntarife, der Postgebühren und der Steuern. Man werde auch für pünktlichen Eingang der Steuern zu sorgen wissen. Ueber die Art und Weise, wie Deutschland seine Entschädigungen zahlen solle, sagte Loucheur, daß eine Bezahlung in Fertigfabrikaten nicht möglich sei, weil dadurch die französische Industrie allzusehr geschädigt werden würde. Aber wohl könne Deutschland den größten Teil seiner Ersatzleistungen durch Kohlen abtragen. Er habe sich über die deutsche Kohlenförderung genau unterrichtet und sei zu der Ansicht gekommen, daß Deutschland eine jährliche Rate von 8 Milliarden Mark in Kohlen bezahlen könne. Wenn man noch weitere zwei Milliarden Mark an chemischen Produkten, Steuern auf Ausfuhrartikel und sonstige Artikel hinzurechne, so ergebe das eine jährliche Leistung von 10 Milliarden, die Deutschland tragen könne. Die Zeit zu Handeln sei gekommen und Frankreich sei bereit, Deutschland unumwunden zu erklären, daß es entschlossen sei, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Entschädigung von Deutschland zu erhalten.

*

Wir wissen also aus maßgebendem Munde, was Einsichtige uns längst als das Ziel der französischen Politik hingestellt haben. Es kommt den Leuten, die heute noch das Heft von Versailles führen, nicht so sehr darauf an, uns zugrunde zu richten, als den psychologischen Moment zu schaffen, wo sie uns helfen können. Dann soll zugepackt und die „Verwaltung übernommen" werden, d. h. mit dürren Worten, daß deutsche Bürger Steuern und Abgaben, Tagen und Sätze direkt dem hungerigen französischen Geldbeutel in den Rachen werfen. D. h. Deutschland hört auf, Deutschland zu sein. Ob die Pläne des Herrn Loucheur nicht doch ein wenig kindisch sind?

Der Hunger nach mehr.

Berlin, 18. Jan. Der französische Minister für öffentliche Arbeiten fordert im Anschluß an den amerikanischen Schiedsspruch die Ueberlassung der Meidericher Werft in Ruhrort an Frankreich. Der Wortlaut des Artikels 357 des Friedensvertrages bietet hierfür keinerlei Unterlage. Auch sachlich ist die französische Forderung unberechtigt. Die zukünftige französische Rheinflotte findet überreichliche Reparaturgelegenheiten auf den deutschen Werften am Rhein. Da wir den Franzosen unser bestes Kahn- und Schleppmaterial haben ausliefern müssen, wird zunächst das Reparaturbedürfnis auch gering sein.

Deutschland, Kopf hoch!

Berlin, 18. Jan. Zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reiches vor 50 Jahren hatten die verschiedensten Kreise in Berlin Feiern gerüstet, die alle einen stimmungsvollen Verlauf nahmen. Am einheitlichsten war wohl die von einem schwungvollen Geist getragene Feier, die gegen Mittag die Berliner Universität in der neuen Aula bahielt. Eine gewaltige Menschenmenge erfüllte die Aula und die benachbarten Gänge; auch die Tribünen waren überfüllt. Nachdem der derzeitige Rektor Professor Dr. Seckel eine Ansprache gehalten hatte, hielt die eigentliche Festrede Prof. Dr. Otto Hoetzsch. Er betonte, daß eine neue innere Volksgemeinschaft hergestellt werden müsse, daß der Arbeiter den Studierten als gleichberechtigt ansehen müsse und das Heraufkommen des vierten Standes eine unverrückbare Tatsache sei. Der Massenwille des Volkes, auch der der Arbeiter, sei für die Reichseinheit. Hoetzsch wurde während seiner Rede mehrfach durch längern Beifall der akademischen Jugend unterbrochen und das Lied: Deutschland, Deutschland über alles gesungen.

Alle sozialistischen Blätter bemängeln, daß die damalige Lösung der deutschen Einheitsfrage an der großdeutschen Lösung vorbeigegangen und unvollständig geblieben sei. Die rechtsstehenden Blätter begrüßen den Tag teils mit Gedanken der Trauer um das Verlorene, teils mit solchen der Hoffnung. Alle stimmen darin überein, daß man vertrauensvoll den geistigen Kampf um die deutsche Zukunft beginnen müsse.

Bonn, 18. Jan. Die Universität Bonn veranstaltete heute in der Aula eine schlichte, aber eindrucksvolle Gedenkfeier zum Gedenktage der Reichsgründung. Die Festrede hielt der Historiker Geheimrat Schulte über die Frage: Warum blieb Deutschland kein Einheitsstaat und wurde es nicht wieder? — Die Studentenschaft veranstaltete in Königswinter und auf dem Wege zum Drachenfels, also im unbesetzten Gebiet, einen Fackelzug, der für Bonn nicht genehmigt worden war. Auch zahlreiche Schulklassen sind heute ins unbesetzte Gebiet gewandert, um dort kurze Gedenkfeiern zu halten.

Karlsruhe, 18. Jan. Die zur Erinnerung an die Gründung des Reichs veranstalteten Feiern, an denen sich fast alle Schichten der Bevölkerung beteiligten, wurden mit überaus stark besuchten Gottesdiensten eingeleitet, denen auch die Landtagsabgeordneten beiwohnten. Die Technische Hochschule hielt vormittags 11 Uhr in der Aula eine Gedenkfeier ab. Abends war ein Fackelzug der Studentenschaft. Um 4 Uhr trat der Landtag zu einer Festsitzung zusammen. Der badische Landtag bekenne sich einmütig und entschieden zum Reichsgedanken und werde jeden Versuch, diesen zu stören, mit Entrüstung zurückweisen. Im Hinblick auf die Bedeutung des Tages wurde die Sitzung abgebrochen.

Dresden, 18. Jan. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Landtags richtete der Präsident Fräsdorf eine kurze Ansprache an das Haus. Vor allem gelte es, die Einheit des Reiches zu erhalten und die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu bekämpfen. Hauptbedingung dafür sei die Einigkeit.

Wien, 18. Jan. In den Artikeln zur 50-Jahrfeier des Deutschen Reiches erinnern die „Neue Freie Presse", das „Deutsche Volksblatt", die „Deutsche Tageszeitung" und andere bürgerlichen Blätter an den stolzen Tag, an dem in Versailles die Grundlage zur deutschen Einheit gelegt wurde. Sie gedenken mit aufrichtiger Trauer des harten Geschicks des deutschen Volkes und des schweren Rückschlages, den das große Werk Bismarcks jetzt erlitt. Zugleich stellen die Blätter aber fest, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Reichstreue der deutschen Stämme in allen Erschütterungen und Bedrängungen sich unversehrt erhielt. Daß trotz aller Verstümmelungen ein Deutsches Reich, ein Heim deutscher Menschen und ein Boden für deutsche Kultur und Gesittung blieb, welche ihrer Auferstehung harren. Die Blätter richten herzliche Grüße und Wünsche an das Brudervolk im Reich.

Eine koloniale Kundgebung des Reichstags.

Wie aus dem Hauptausschuß des Reichstages mitgeteilt wird, steht eine koloniale Kundgebung des Reichstages bevor. Sämtliche Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die sich noch nicht entschieden haben, stellten im Hauptausschuß folgenden Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung um baldige Errichtung eines Denkmals in Berlin für die auf außereuropäischem Boden im Kampfe gebliebenen Deutschen zu ersuchen, um die während des Weltkrieges für die deutschen Schutzgebiete Gefallenen zu ehren, sodann, um vor der Welt zu bezeugen, daß das deutsche Volk fest entschlossen ist, auf eine koloniale Zukunft nicht zu verzichten.

Die amerikanisch-englischen Streitfragen.

London, 18. Jan. „Daily Telegraph" erfährt aus Newyork: Unter den wichtigen Fragen, welche Sir Auckland Geddes mit Lloyd George beraten soll, befinden sich die folgenden: 1. Der Völkerbund und die Assoziation der Nationen. 2. Die Petroleumfrage, hauptsächlich hinsichtlich der Note Colbys, welche die Gleichheit der Rechte in Mesopotamien und Indien verlangt. 4. Der Vorschlag über die frachtfreie Schiffahrt der amerikanischen Schiffe im Kanal von Panama. 5. Die amerikanisch-japanischen Verhandlungen. 6. Das Zollgesetz in seinen Beziehungen zu dem englischen und kanadischen Handel. 7. Die Verleihung der deutschen Kabel.

Die deutsche Papiergeldflut.

Berlin, 18. Jan. Auf die Frage der alliierten Mächte, wie hoch ungefähr der Betrag des deutschen Papiergeldes im Auslande und die Höhe der seitens des Auslandes Deutschland gewährten Kredite zu schätzen sei, wird deutscherseits geantwortet, genaue Ziffern könnten weder über den Gesamtbetrag des im Auslande befindlichen deutschen Papiergeldes, noch über die Höhe der seitens des Auslandes an Deutschland gewährten Kredite gegeben werden. Es bleibe so der Weg der Schätzung. Danach ist die Summe des im Auslande befindlichen deutschen Geldes und der von seiten des Auslandes gewährten Kredite auf mindestens 70 Milliarden Mark anzunehmen, ohne daß dabei die im ausländischen Eigentum befindlichen Wertpapiere deutscher Herkunft berücksichtigt sind, die auf mindestens 25 Milliarden Mark zu schätzen sind.

Von der Gesamtsumme in Höhe von 70 Milliarden Mark entfällt weniger als die Hälfte auf im Auslande befindliches deutsches Papiergeld, der größere Teil auf Kredite, die das Ausland uns gewährt hat.

Der Reichstag.

Berlin, 18. Jan. Wie wir hören, wird der Reichstag, der am Mittwoch seine Vollsitzungen wieder aufnimmt, mit Rücksicht auf die Landtagswahlen nur bis zum 4. Februar tagen und dann seine Sitzungen voraussichtlich erst am 23. Februar wieder aufnehmen.

Die Ernährungsminister.

Berlin, 18. Jan. Auf der Konferenz der Ernährungsminister, die am 15. Januar in Dresden tagte und sich mit den Mindestpreisen für Getreide der Ernte 1921 befaßte, gab Reichsminister Dr. Hermes der Anschauung des Reichsministeriums Ausdruck, daß die öffentliche Bewirtschaftung aufrecht erhalten bleiben müsse, daß aber die bisherige Form der Bewirtschaftung nicht mehr beibehalten werden könne. Der überwiegende Teil der Konferenzteilnehmer schloß sich dieser Auffassung an. Ueber die Gesamtfragen der Getreidebewirtschaftung soll auf der nächsten Konferenz verhandelt werden. Bis dahin will das Reich eine Denkschrift über die Möglichkeiten der verschiedenen Systeme vorlegen. Das Ministerium gab Kenntnis von der beabsichtigten Regelung der Einfuhr- und Ausfuhrfrage, besonders aber die Freigabe der Einfuhr weiterer Lebensmittel. Endlich wurde noch die Frage der Abgabe verbilligter Futtermittel behandelt. Die Vorschläge des Reichsministeriums sowohl über die Abänderung der Ein- und Ausfuhr als auch über die Abgabe von verbilligtem Mais fanden grundsätzliche Zustimmung. Im Laufe der Konferenz machte der Minister noch Mitteilung über die Versorgung mit Düngemitteln. Das Finanzministerium hat den Vorschlägen des Reichsernährungsministers zugestimmt, welche dahin gehen, daß das Reich die Garantie für einen bestimmten Dollarkurs übernimmt um die Valutaschwankungen für die notwendig einzuführenden Rohphosphate zu beseitigen. Es kommt dabei eine einzuführende Menge von monatlich 40 000 Tonnen in Betracht. Der Garantiekurs ist dabei so gewählt, daß in diesem Jahre eine Verbilligung nicht eintritt, wohl aber im nächsten Düngejahre. Das Kabinett hat ebenfalls seine Zustimmung zu diesem Plane gegeben, der nunmehr den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet wird. Die nächste Konferenz der Ernährungsminister wird im Laufe des Februar in München stattfinden.

Nationale Gesinnung.

Aus einer Volksfamilie, die sich bewußt ist ihrer Gemeinschaft des Blutes, der Sprache, der Sitte und Kultur, wird eine Nation erst dadurch, daß sie aus innerm Drange einen durch Macht unabhängigen, durch Einheit leistungsfähigen Staat ausbildet und in diesem sich zur Volkspersönlichkeit vollendet.

Die Persönlichkeit gibt dem einzelnen Gliede der Gattung Mensch Besonderheit, Stil, Charakter, Eigenart durch das Selbstbewußtsein, das Ehrgefühl, den Willen zur Selbstbehauptung, aber auch durch das Verantwortlichkeits- und Pflichtgefühl. Erst durch seine Persönlichkeit wird der Mensch die Verwirklichung eines eignen, sich nie wiederholenden Gedankens Gottes. Ist in einem Menschen die Persönlichkeit nicht entwickelt, so leidet darunter die Auswirkung seiner gesamten Anlagen und Fähigkeiten, vor allem die Kraft seines Tuns und Lassens. Man kann einen solchen Menschen vergleichen einem Messer ohne Schneide, einem Gebilde ohne Form, einem auseinanderfließenden Wasser, einer verpuffenden Kraft.

Genau so verhält es sich auch mit der Volkspersönlichkeit, die erst im nationalen Staate gewonnen wird. Es ist der einmütige Wille eines Volkes, sich unabhängig und frei neben andern Völkern zu entwickeln, zu behaupten und auszuwirken in der Eigenart seiner Rasse, Sprache, Sitte, Bildung und Kultur, seiner besondern Sendung unter den Völkern der Erde. Um das zu können, muß zunächst die Masse der sich bereits als Volksfamilie fühlenden Volksgenossen und Landsmannschaften einen Staatsgedanken und einen Staatswillen aus innerster Seele entwickeln. Aus diesem erwächst ein neuer Lebens- und Schicksalsgemeinschaftssinn, das nationale Bewußtsein. Es ist naturhaft, nicht verstandesmäßig ausgeklügelt, im dunkeln Seelengrunde eines Volkes verwurzelt mit berechnenden, nationalen Nützlichkeitserwägungen kann es nicht gezüchtet werden, noch weniger kann man ihn zwangsweise beibringen.

Dieser nationale Sinn gibt Selbstbewußtsein, edlen Stolz, Freude ob der Eigenart, Zurückhaltung gegen volksfremde Einflüsse. Er flößt ein den starken Willen, Fremdherrschaft als unwürdig abzuwehren, Gut, Blut und Leben für die nationale Freiheit einzusetzen, nicht minder den Staat mit äußerer Macht, mit innerer Tüchtigkeit, opferwilligem, gemeinnützigem Bürgersinn auszubauen. Er stellt seinem Volke, seiner Nation in der Menschheit vom Schöpfer eine besondere Lebensaufgabe gestellt und drängt dahin, sich an die Lösung dieses Berufs seiner Nation hinzugeben.

So wird der nationale Sinn, der nationale, staatliche, politische Einheitsgedanke in der Seele einer Nation ein neues persönliches Lebenszentrum. Aus ihm quellen neue Kräfte, die das zum starken nationalen Bewußtsein aufgestiegene Volk innerlich bereichern, zur Lösung neuer, großer Aufgaben befähigen. Nehmlich so wachsen in dem jungen Manne neue Kräfte mit dem Augenblicke, da er seinen Beruf gefunden, in ihm seine Lebensaufgabe entdeckt hat. So werden der Jüngling und die Jungfrau wahrhaft seelisch zu neuen Menschen, wiedergeboren, wenn sie Gatten, vor allem wenn sie Vater und Mutter geworden sind. Welche Arbeitsfreude, sich verschenkende Liebe, welche Sorge und Opferwilligkeiten entwickeln sie! die früher sorglos und um andere Menschen wenig bekümmert dahinlebend! Wie prägt sich schon in ihrem Antlitz Vater- und Mutterschaft aus! In gleichem Sinne wirkt auf ein Volk das nationale Bewußtsein.

Aus ihm erwächst zunächst ein nationales Seelenleben mit nationalen Tugenden, mit nationaler Sprache, Kunst, Sitte, mit nationalem Schrifttum, vor allem mit einer nationalen Sage. Dieser nationale Geist umspinnt aber auch das Naturleben der Heimat, das Phantasie-, Gemüts- und Herzensleben des Volkes in Sagen, Märchen, Schwänken, Volkserzählungen, im Volkslied. Er offenbart sein höheres Geistesleben in der Nationaldichtung und der nationalen Kunst. Glücklich das Volk, dem die Einheit der Religion, der Kirche gewahrt blieb, dessen Seelenleben mit seiner ererbten, einheitlichen Religion ungestört so verwachsen konnte, daß sie ihm zur Volksreligion wurde und ebenso vertraut und unangefochten blieb wie seine Nationalhelden, seine Heimat und Volkssitte. In ihrer Religion lebt und webt die Volksseele als in ihrer Urheimat. Nichts hat die Entwicklung des deutschen Nationalbewußtseins und der deutschen nationalen Einheit bis auf die heutige Stunde mehr gehemmt als die Glaubensspaltung. Wir deutschen Christen haben heute noch keinen ehrlichen konfessionellen Frieden, darum auch kein christliches Gemeinschaftsbewußtsein, das fähig wäre, die christliche Religion und einen lebenswarmen christlichen religiösen Volkssinn gegen den Geist der Verneinung zu schützen.

Aus dem nationalen Bewußtsein erwachsen aber auch neue Gesamtkräfte zur Beherrschung des

äußern Lebens in Staat, Wirtschaft- und Kulturarbeit. Sie entspringen der staatsbildenden Kraft, dem Staatsgedanken und dem Sautswillen die erst die Nation schufen. Nur aus dem starken nationalen Selbstbewußtsein kann der Wille erwachsen, eine nationale Volkswirtschaft auszubauen als Betätigung der nationalen Kraft, der nationalen Macht, als Erfüllung einer nationalen Aufgabe in der Menschheitsfamilie. Der äußere Aufschwung Deutschlands nach der Reichsgründung war nur durch den erwachten nationalen Geist möglich; der Wiederaufbau nach Niederlage und Revolution stockte bisher, weil dieser nationale Geist zusammengebrochen war. Ohne ihn mußte alles Reden und Schreiben, alle wirtschaftspolitische und sozialpolitische Betriebsamkeit fruchtlos bleiben.

Wir Deutschen haben einen neuen Volksstaat, der durch einen revolutionären Bruch von dem alten Staate getrennt ist. Daß wir bislang keinen die Geister und Herzen bezwingenden kraftvollen neuen Staatsgedanken aufbrachten, ist der Grund unseres nationalen Elends. Wir brachten ihn bisher nicht auf, weil unser nationales Bewußtsein seit Jahrhunderten verkümmert ist und weil wir bis zur Stunde den Wert des nationalen Bewußtseins nicht vollauf verstehen. Das muß anders werden.

Bei der goldenen Jubelfeier der Kölner Zentrumspartei

im großen Saale der Bürgergesellschaft hielt Herr Kaplan Gescher, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, die Festrede. Er legte dar, daß die Zentrumspartei zur Feier ihres Jubiläums ein religiöses, ein sittliches und ein nationales Recht habe und fuhr dann fort: Am Dienstag schreiben wir den 18. Januar. Die Einheit der deutschen Stämme feiert morgen ihr 50jähriges Jubiläum. Es ist uns Rheinländern verboten, dieses großen Tages festlich zu gedenken. Aber keine Macht der Erde kann uns verbieten, daß wir hier laut bekennen, daß wir dieses einige Land und Volk lieben aus dem tiefsten Herzen und daran festhalten wollen für und für. Keine Macht der Erde kann es uns verbieten, daß wir rheinischen Zentrumsmänner und Frauen immer wieder erklären, daß unser Rheinland deutsches Land ist, daß wir mit unverbrüchlicher Treue hängen an seinem Strome und seinen Domen, an seinen Bergen und Burgen. (Brausender Beifall.)

Ein Glückwunschschreiben des Herrn Erzbischofs Dr. Karl Joseph Schulte lautete:

„Der heutigen Jubiläumsversammlung sende ich meine herzlichsten Glückwünsche in dankbarer Rückerinnerung an die in der Vergangenheit um Wahrheit, Freiheit und Recht erworbenen zahllosen Verdienste und in der zuversichtlichen Hoffnung, daß auch die Zukunft mit ihren drohenden, besonders für Religion und Sitte unseres rheinischen Volkes entscheidungsvollen Geisteskämpfen das Kölner Zentrum stets einig und stark auf dem Plan finden wird."

Vertretertag der kath. Erziehungsanstalten Deutschlands.

Würzburg, 18. Jan. Auf Veranlassung des kath. Internatsverbandes für Bayern versammelten sich hier Vertreter der kath. Erziehungsanstalten und Jugendheime und der andern erzieherisch interessierten Verbände aus ganz Deutschland zur Wahrung und Förderung ihrer gemeinsamen erziehlichen Interessen. Die Verhandlungen wurden geleitet von Herrn Konviktspräses Msgr. Höller (Neuß). Als Vertreter der kirchlichen Behörde war Herr Domkapitular Stahler (Würzburg) erschienen. Das grundlegende Referat hielt Herr Seminardirektor Dr. Radlmaier (Neuburg a. D.), der auch die ganzen Vorarbeiten geleistet hatte. Die Schwierigkeiten, die durch Kollision mit schon bestehenden Organisationen hätten entstehen können, wurden durch die Stellungnahme der Vertreter der caritativen Verbände, Herrn Pfarrer Dr. Lenne (Köln) und Direktor Dr. Klieber (Freiburg) ausgeräumt. Das Ergebnis der Versammlung war die Gründung eines Reichsverbandes der kathol. Erziehungsanstalten und Jugendheime Deutschlands. Der Verband will in erster Linie die pädagogischen Aufgaben der angeschlossenen Verbände fördern, ohne damit die Sonderarbeit der einzelnen Sektionen zu beeinträchtigen. In dem Verband sollen zusammengefaßt werden die Erziehungsanstalten für Volksschuljugend, die Internate für Studierende, die Jugendheime für die schulentlassene Jugend und die Fürsorge- und Heilerziehungsanstalten. Als provisorischer Vorstand, der die weitere Ausgestaltung in die Hand nehmen soll, wurden die Herren Dr. Radlmaier und Msgr. Höller gewählt. Der Verein hat seinen Sitz in Würzburg.

Die deutschen Leistungen aus dem Friedensvertrag.

In Paris ist dieser Tage und in Brüssel gestern eine Denkschrift überreicht worden, die die bisherigen Lieferungen und Leistungen des Deutschen Reiches aus dem Friedensvertrag und seinen Vorverträgen, die Deutschland auf seine Wiederherstellungsverpflichtungen anzurechnen sind, zusammenstellt. Unter den Kosten, die gemäß Artikel 235 des Friedensvertrages aus den ersten 20 Milliarden Goldmark bezahlt werden können, ist angeführt, daß seit Beginn des Waffenstillstandes bis zum Sommer 1920 aus dem Ausland an Lebensmitteln und Rohstoffen insgesamt 2 249 311 746 Goldmark für Lebensmittel und Rohstoffe eingeführt wurden.

Was die Rheinlandbesatzung betrifft, so wird ausgeführt: Welche Arten von Ausgaben das Reich im einzelnen für die Besetzungstruppen in den Rheinlanden zu leisten hat, bestimmt Artikel 249 des Friedensvertrages. Außerdem hat Deutschland gemäß Artikel 6 der Vereinbarungen über die militärische Besetzung der Rheinlande die Kosten für die amtliche Tätigkeit und die Unterbringung des Hauptausschusses der alliierten und assoziierten Mächte zu tragen, und schließlich zahlt das Reich noch bedeutende Vergütungen für Requisitionsleistungen in Ausführung der Reichsgesetze vom 2. März 1919 und 27. März 1920. Die bisher von Deutschland für alle diese Zwecke gemachten Aufwendungen erreichen eine Höhe von 45 Milliarden Papiermark. Das sind in Gold ausgedrückt etwa ein Zehntel, gleich 450 Millionen Goldmark. Dieser Betrag stellt die bis Ende November 1920 tatsächlich von Deutschland gezahlten und belegten Ausgaben dar. Sie erhöhen sich jetzt noch um viele Milliarden Papiermark durch: 1. Vergütungen für Requisitionsleistungen, die zurzeit entweder noch nicht angemeldeten Forderungen des Verbandes für den Unterhalt der Besetzungstruppen, auf die bisher nur Markvorschüsse geleistet worden sind. Da diese Mehrbeträge nur schätzungsweise ermittelt werden konnten, sind sie vorbehaltlich ihrer nachträglichen Anmeldung hier unberücksichtigt geblieben.

Ferner, was die interalliierten Kommissionen anlangt, wird u. a. dargelegt: Die von Deutschland bis Ende November 1920 geleisteten Zahlungen für die verschiedenen interalliierten Kommissionen einschließlich der Reichszuschüsse für die Verwaltung der Abstimmungsgebiete beziffern sich auf rund 409 Millionen Papiermark, das sind in Goldmark etwa ein Zehntel gleich 40 900 000 Goldmark. Als Kosten der Zentralkommission für den Rhein werden in der Zusammenstellung dann aufgeführt 86 064 Papiermark nach dem Stand am 30. November 1920.

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Myslowitz, 18. Jan. Am Sonntagnachmittag erschienen bei dem Fleischermeister Kasinski in Karlssegen bei Birkenthal 15—20 Banditen und richteten in der Wohnung große Verwüstungen an. Kasinski wurde erschossen, ebenso ein Beamter der Abstimmungspolizei, der mit zwei anderen Beamten zu Hilf geeilt war, und vier Zivilpersonen. Drei Zivilpersonen wurden sehr schwer verletzt. Die Regierung hat 50 000 Mark Belohnung auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Rybnik, 18. Jan. Gestern abend wurde in die Wohnung eines Oberingenieurs in Karuschowitz eine Brandbombe geworfen und großer Sachschade angerichtet.

Rybnik, 18. Jan. Am 15. d. Mts., nachmittags, stürmte eine bewaffnete Bande von etwa 20 Mann das Gasthaus der Frau Lach in Pokoschwitz und raubte u. a. 40 000 Mark. Der Pflegesohn der Frau Lach, der deutsch gesinnt war, und der schon einmal nach Polen verschleppt worden war, wurde von den Banditen aufs neue fortgeführt. Am Tage darauf wurde er im Walde bei Pokoschwitz tot aufgefunden. Die Leiche war in grauenhaftem Zustande.

Pleß, 18. Jan. Auf die katholische Schule in Kreuzdorf wurde ein Bombenattentat verübt. Nach dem Attentat versuchte der Hauptlehrer das Gebäude zu verlassen, um mit den Attentätern zu verhandeln. Er wurde mit Revolverschüssen empfangen und mußte fliehen.

Kirche, Schule und Erziehung.

Das Gesetz über die Neuregelung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen vom 7. Oktober 1920, welches bei seiner Beratung wegen verschiedener heißumstrittener Fragen, insbesondere der Zugehörigkeit der Geistlichen zu diesen Kommissionen, viel Staub aufgewirbelt hat, ist nunmehr durch die Preußische Gesetzsammlung veröffentlicht worden und damit in Kraft getreten. Die Neuwahlen dieser Körperschaften, die bis zum Erlaß des Gesetzes hinausgeschoben werden mußten, sind also jetzt in Stadt und Land vorzunehmen.

Die in den Städten bestehenden Schuldeputationen setzen sich fernerhin zusammen aus:

1. 1—3 Mitgliedern des Gemeindevorstandes (Beigeordneten),
2. der gleichen Zahl von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung,
3. (neu!) der gleichen Zahl von Lehrern und Lehrerinnen,
4. der gleichen Zahl von sonstigen des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Personen.

Hinzutreten wie bisher der dienstälteste evangelische und katholische Pfarrer und bei mindestens 20 jüdischen Volksschülern der dienstälteste Ortsrabbiner.

Die zu 1 genannten Mitglieder des Gemeindevorstandes und aus ihrer Zahl der Vorsitzende werden vom Bürgermeister ernannt, letzterer ist aber auch befugt, jederzeit selbst einzutreten und den Vorsitz zu übernehmen. Die Mitglieder aus der Stadtverordnetenversammlung und die des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Personen werden von der Stadtverordnetenversammlung, die Lehrer und Lehrerinnen von den zum Schulverbande gehörenden Lehrern und Lehrerinnen gewählt. Die Wahl erfolgt, wo es möglich ist, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl.

In den Landgemeinden besteht der Schulvorstand wie bisher aus dem Gemeindevorsteher, dem Bürgermeister, dem dienstältesten Pfarrer und 2—6 zu den Schulen des Schulverbandes gewiesenen Einwohnern. Die Festsetzung der Zahl der Mitglieder sowie deren Wahl erfolgt durch den Gemeinderat und zwar, wo es möglich ist, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Während nun bisher außerdem noch ein von der Schulaufsichtsbehörde bestimmter Lehrer zum Schulvorstande gehörte, gehören ihm fernerhin so viel Lehrer und Lehrerinnen an, wie die Zahl der zum Schulvorstande gewiesenen Einwohner beträgt. Die Lehrer und Lehrerinnen werden, sofern eine Wahl überhaupt erforderlich ist, von der Lehrerschaft des Schulverbandes, wenn möglich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Die bisher erforderliche Bestätigung der gewählten Mitglieder des Schulvorstandes durch die Aufsichtsbehörde ist in Wegfall gekommen. Der Vorsitzende des Schulvorstandes wird von der Schulaufsichtsbehörde aus der Zahl seiner Mitglieder ernannt. Diese Bestimmung bestand auch schon nach dem alten Gesetz. Im Regierungsbezirk Düsseldorf waren bisher nach einer allgemeinen Anweisung der Regierung die Bürgermeister Vorsitzende der Schulvorstände.

Vom Arbeitsnachweisgesetz.

Der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes nebst Begründung liegt, wie wir hören, augenblicklich dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vor. Das Kabinett dürfte sich mit ihm noch in diesem Monat befassen, worauf der Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften zugehen wird.

Generalstreikandrohung in England.

London, 18. Jan. Wie der Daily Herald meldet, hat der Vollzugsausschuß der englischen Eisenbahner-Vereinigung infolge der Drohung der Eisenbahngesellschaften, falls die Herabsetzung der Löhne bei den Eisenbahnern auf Widerstand stößt, das Personal auszusperren, nunmehr seinerseits den Generalstreik angekündigt. Am 18. Januar wird eine Urabstimmung über den Streik erfolgen.

Stadtverordnetensitzung.

Neuß, den 19. Januar 1921.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten, die Herr Beigeordneter Klein leitete, wurden sieben Punkte in öffentlicher Sitzung beraten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkte Stadtv. Klug (M.-S.), daß unter den Polizeibeamten Erregung herrsche, weil auswärtige in gehobene Stellungen bei der Neußer Polizei gekommen seien.

Stadtv. Raederscheidt (Ztr.) weist darauf hin, daß ein gedruckter Antrag ja den Stadtverordneten vorliege, der Antrag würde ja wohl in der nächsten Sitzung zu Sprache kommen.

Beig. Hüpper erklärt, zu Beschlüssen in Polizeiangelegenheiten sei die Stadtverordnetenversammlung nicht kompetent, die Beamten würden nach Fähigkeit und Tüchtigkeit befördert.

Die deutsche Volkspartei beantragte, die Fonds, die ihren ursprünglichen Zwecken nicht mehr dienen könnten, für andere Zwecke freizumachen. Beig. Klein glaubt, die Finanz-Kommission werde sich am besten zuerst damit befassen. Es kämen wohl 21 Fonds in Betracht. Stadtv. Linden (D. V.) erinnert an die Fonds für Wohlfahrtszwecke, für den Kaiser-Wilhelm-Saalbau und für das Kaiser-Wilhelm-Denkmal.

Ein weiterer Antrag der deutschen Volkspartei beantragt Geldbewilligung zur Behebung der Wohnungsnot und einen Aufschlag für jede Wohnung zu diesem Zweck. Beig. Hüpper macht darauf aufmerksam, daß seit längerer Zeit beabsichtigt sei, 5½ Millionen Mark für Bauzwecke zu verwenden; übrigens sei vom Reich eine Mietsteuer von 10 Prozent vorgesehen.

Ein Antrag Raederscheidt (Ztr.) beantragt, jedem Wahlberechtigten eine Wahlkarte zuzusenden, damit auf diese Weise jeder feststellen kann, ob er in der Liste steht. Der Antragsteller macht auf die Mängel der Wählerlisten aufmerksam, die dadurch behoben würden. Die Kosten würden etwa 5000 Mark erfordern. Beig. Hüpper bezweifelt, ob in der kurzen Zeit, die noch zur Verfügung stände, die Sache zu machen sei, es soll jedoch versucht werden. Die Stadtverordneten Linden (D. V.) und Beig. Braun (M.-S.) befürworten den Antrag, der einstimmig angenommen wird.

Beig. Klein macht dann Mitteilung von einer Antwort des Arbeitgeberverbandes rheinisch-westfälischer Gemeinden, Dortmund, wonach eine Weihnachtsgratifikation für die Gemeindearbeiter, die ja auch 10 Prozent Zuschlag erhielten, nicht zulässig sei. Von keiner anderen Gemeinde sei ein solcher Antrag gestellt worden. Beig. Schmitz (USP.) schlägt vor, die 200 Mark in der Form zu geben, daß man den Leuten den Weihnachtsfeiertag, Dreikönigen etc. bezahlt. Beig. Klein erwidert, die Feiertage seien bezahlt worden. Auf Antrag der Stadtverordneten Raederscheidt (Ztr.) und Linden (D. V.) wird die Angelegenheit der Finanz-Kommission überwiesen.

Beig. Hüpper: In der letzten Sitzung sei von den Herren Rinke und Braun gesagt worden, es seien Akten auf dem Wege zum Oberbürgermeister verschwunden. Er müsse heute wiederholen, was er damals schon gesagt habe, daß diese Behauptungen unwahr seien. Die Akten lägen vor und könnten eingesehen werden. Ein Verfahren sei auf Grund einer Bundesratsverordnung niedergeschlagen worden. Es seien also keine Akten verschwunden. Beig. Braun (M.-S.) behauptet, es handele sich um vier Fälle. Ueber die Stellungnahme seiner Fraktion werde er noch Auskunft geben.

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten. Die Errichtung eines Tores am Ende der Hessenstraße wird von der Verwaltung damit begründet, daß dadurch Diebstähle auf der Ringbahn verhindert werden sollen. Stadtv. Cornel. Thywissen (Zentrum) bittet, den Antrag abzulehnen. Das Tor werde ein Verkehrshindernis für die durch die Hessenstraße zur Industriestraße gehenden Personen werden. Wenn das gegen Diebstähle helfen solle, müßten an vielen Stellen der Ringbahn Tore angebracht werden. Stadtv. Linden (D. V.) ist noch eher für eine Schließung der Passage als für ein Tor. Stadtv. Gallas (M.-S.) hält das Tor für wichtig zur Verhinderung von Diebstählen. Stadtv. Glätzner (USP.) will lieber den Weg einziehen. Schließlich wird der Antrag auf Errichtung eines Tores abgelehnt.

Zur Anschaffung eines Lichtbildapparates für die Volkshochschule wurden 20 000 Mark beantragt. Stadtv. Raederscheidt (Ztr.) begründet den Antrag, der vom Ausschuß der Volkshochschule gestellt ist. Die Filmapparate seien jetzt von solcher Vollkommenheit, daß man sich derselben auch für Kulturzwecke bedienen müsse. Der Apparat soll für die Schulen und für die Volkshochschule bestimmt sein. Beig. Braun (M.-S.) ist für den Antrag, glaubt aber, daß die Aula der Oberrealschule zu sehr in Anspruch genommen sei. Stadtv. Raederscheidt (Ztr.) bemerkt, die Volksschulen könnten morgens die Aula benutzen. Ein Wanderapparat werde nicht die Vorzüge haben. Stadtv. Bühner (M.-S.) hält einen Standapparat für sehr wichtig. Stadtv. Raederscheidt (Ztr.) bemerkt, der in Aussicht genommene Apparat zeige Stand- und Laufbilder. Auch andere Apparate, als der von der Regierung empfohlene Ufa, sollen geprüft werden. Stadtv. Breuer (Ztr.) bittet, den besten zu nehmen. Die Kosten werden bewilligt.

Ein Antrag des kath. Fürsorgevereins für weibliche Zöglinge wird von Beig. Görtz begründet. Der Verein habe mit stark gestiegenen Unkosten zu rechnen. Die Finanzkommission beantrage, den Betrag von 4500 Mark für das Jahr 1920 zu verdoppeln. Stadtv. Schmitz (Dem.) beantragt, den evangelischen und israelitischen Vereinen prozentual die gleiche Erhöhung zu bewilligen. Stadtv. Linden (D. V.) befürwortet den Antrag Schmitz. Stadtv. Grunau (Ztr.) bittet den Fürsorgeverein für männliche Zöglinge den gleichen Betrag zu bewilligen. Beig. Görtz wünscht, man möge die Anträge der zuständigen Stellen abwarten, erste müsse sich das Jugendamt damit beschäftigen. Stadtv. Raederscheidt (Ztr.) würde sicher dem Antrage Schmitz zustimmen, aber erst müsse doch ein Antrag vorliegen. Nachdem Stadtv. Schmitz (Dem.) nunmehr bemerkt, daß er vom evangelischen Fürsorgeverein beauftragt sei, den Antrag zu stellen, erwidert Stadtv. Raederscheidt (Ztr.), dann liege die Sache anders, zuerst habe Herr Schmitz dies nicht bemerkt. Eine Andeutung des Stadtv. Schmitz (Dem.), als ob man sich ablehnend gegen seinen Antrag gestellt habe, weil er für die Evangelischen sei, weist Stadtv. Raederscheidt (Z.) entschieden zurück. Ein Antrag Glätzner (USP.), die Anträge nochmals an die Finanz-Kommission zu verweisen, wird von ihm zurückgenommen. Stadtv. Grunau (Ztr.) zieht seinen Antrag, der ihm von den Mitgliedern des Fürsorgevereins für männliche Zöglinge nahegelegt worden sei, ebenfalls zurück. Die Kosten für die Zöglinge seien ungeheuer gestiegen. Der Antrag des kath. weiblichen Fürsorgevereins, für 1920 4500 Mk. mehr zu bewilligen, wird mit dem Antrage Schmitz (D.), den evangelischen und israelitischen Fürsorgevereinen prozentual das gleiche zu bewilligen, einstimmig angenommen.

Zur Erhöhung des Existenzminimums lagen eine Reihe Anträge vor. Der Antrag der Verwaltung lautet:

§ 1. Der nach § 20 des Einkommensteuergesetzes steuerfreie Einkommensteil der in der Stadt Neuß Einkommensteuerpflichtigen unterliegt der gemeindlichen Besteuerung. Gemeindesteuerfrei sind Einkommensteuerpflichtig, deren steuerbares Einkommen im Sinne der §§ 4—8 des E.-G. 10 000 Mark nicht übersteigt.

Die Pflicht zur Ehe.

(Unpolitische Zeitläufe.)

Heiratet! — Haltet Hochzeit!

Das klingt sehr weltlich; beinahe wie ein Aufruf zu üppigem Lebensgenuß. Aber diese Einladung zu eigener und befreundeter Hochzeit ergeht in der Kirche. An diesem Sonntag wird das liebliche Evangelium verlesen von der Hochzeit zu Kana, der herrlichsten Hochzeit, die jemals stattgefunden hat auf Erden, an der Jesus und Maria persönlich teilgenommen haben. Und sie beehrten das Brautpaar nicht bloß durch ihre Anwesenheit, sondern wirkten selbst mit bei der Festfeier, da der Erlöser auf Bitten seiner Mutter dem Mangel an Hochzeitswein abhalf. Daraus folgt, daß es eine heilige Sache ist, wenn ein braves Brautpaar sich vereinigt zur Gründung einer neuen Familie, und daß es ein gottgefälliges Werk ist, wenn man an dere Hochzeitsfeier in Liebe teilnimmt.

Heiratet, haltet Hochzeit! — aber so, daß ihr auch den Herrn und seine Mutter einladen könnt!

Wie stimmt denn diese Verherrlichung der Ehe mit den Lobsprüchen auf die freiwillige Jungfräulichkeit? Das paßt sehr gut zusammen, ebenso gut, wie in der Aufzählung der Sakramente „6. die Priesterweihe, 7. die Ehe". Die Ehelosigkeit um Gottes willen ist für die auserwählte Minderheit, die zu Höherem berufen ist; die große Mehrheit der Christen ist dagegen berufen, eine Familie zu gründen gemäß den Worten des Schöpfers: „Es ist nicht gut, daß der (gewöhnliche) Mensch allein sei . . . Wachset und vermehret euch!"

Wo bliebe das Reich Gottes auf Erden, wenn nur die Ungläubigen Nachwuchs hätten?

Ob du auf einen höheren oder niedrigen Posten gestellt bist, ist Nebensache. Die Hauptsache ist, daß du deinen Beruf treu und tüchtig ausfüllst. Wer seine Pflicht tut auf dem angewiesenen Posten, der ist ein lohnwürdiger Arbeiter im Weinberge, ein wackerer Gehilfe Gottes.

Der ehelose Priesterstand ist als Lehrer und Gnadenspender ein Gehilfe des Erlösers. Die gottgeweihte Jungfrau, die sich den Werken der Nächstenliebe widmet, darf man als Gehilfe des Trösters, des Hl. Geistes preisen. Und die christlichen Eheleute — sie verdienen nicht minder die erhabene Bezeichnung als Gehilfen des allmächtigen Schöpfers in der Erhaltung und Vermehrung des Menschengeschlechtes.

In diesem Lichte wird die Eheschließung zu einem heiligen Geheimnis, und wenn man die Begründung der neuen Familie mit einer häuslichen Feier hoffnungsfroh begeht, so dürfen auch die Hochzeiter sagen: „Komm, Herr Jesu, sei unser Gast und segne, was du verbunden hast."

•

Aber in diesen schrecklichen Zeiten, darf man da heiraten und Hochzeit halten? Ich sage: Nun gerade! Was ist übrig geblieben bei dem Greuel der Verwüstung? Trümmer und Scherben ringsumher; aber zwei Güter sind noch da: die Kirche und die Familie. Sie stützen und fördern sich gegenseitig.

Wiederaufbau! So lautet der Rettungsruf der schlimmen Gegenwart. Zum Wiederaufbau braucht man einen klugen Plan und ein gutes Material. Den rechten Plan liefert der christliche Geist, den die Kirche verbreitet, und das brauchbare Material liefern die braven Familien.

Wenn auch das Familienleben zusammenbrechen sollte, dann wären wir allzumal verloren. Dann würde die letzte Arche in der Sintflut zerschellen. Noch ist es nicht so weit gekommen. Wir haben noch die Möglichkeit, unsere alte Familie zu erhalten und durch neue Heiraten die Lücken auszufüllen. Wer eine vernünftige Hochzeit veranstaltet, macht sich hochverdient um Staat und Kirche, um sein Volk und um die Menschheit im ganzen.

•

Eine vernünftige Hochzeit! Was soll das bedeuten?

Die Brautleute müssen so zueinander passen, daß man vernünftigerweise ein gemütliches Zusammenleben und eine gedeihliche Kindererziehung erwarten darf.

Ein schönes Familienlied ist die „Glocke" von Schiller. Da heißt es: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich das Herz zum Herzen findet." Sehr richtig ist der Hinweis auf die Ewigkeit, die Unauflöslichkeit des Ehebundes. Sehr richtig ist auch die Forderung der Herzensverwandtschaft. Doch wird diese Vorbedingung des häuslichen Glücks bei den jugendlichen Verliebten oft zu leicht genommen. Die körperliche Anziehungskraft wirkt da manchmal so stark, daß man die seelische Gemeinschaft als selbstverständlich voraussetzt. Die „Herzen" mit ihren erregten Gefühlen können sich selber und sich gegenseitig täuschen. Darum sagt das Sprichwort: „Die Liebe macht blind."

Das sog. Herz muß und soll natürlich mitsprechen; doch das entscheidende Wort darf nicht die bloße Gefühlswallung haben, sondern vielmehr die ruhige, gewissenhafte, nüchterne Ueberlegung. In dieser Hinsicht möchte ich vorschlagen, die Vorfrage etwas weniger romantisch zu fassen und zu sagen: Sind beide Teile so gesund an Leib und Seele, daß ein gedeihliches Familienleben zu erwarten ist?

Gesund — das klingt arg medizinisch. Aber es heißt: gesund an Leib und Seele. Die Geistesrichtung, die Weltanschauung, die seelischen Triebe und Leidenschaften, die sittlichen Anlagen und Gewohnheiten müssen auch geprüft werden, und zwar recht sorgfältig, denn in der schönen Zeit der jungen Liebe pflegen sie sich manchmal zu verstecken, wie die Dornen unter dem Blätterschmuck. Wehe, wenn erst später das „Ideal" zusammenbricht vor der traurigen Wirklichkeit des Alltagslebens.

Aber wehe auch, wenn die körperliche Gesundheit nicht gehörig beachtet wird! Siechtum und Elend, Unglück und Verzweiflung sind häufig die bittere Strafe für solche Blindheit.

Täuschen wir uns nicht über den Ernst der Zeit. Gerade jetzt ist die Gefahr sehr groß, daß verderbliche Krankheiten in die Ehe geschleppt werden. Ein Gerichtshof hat neulich entschieden, daß eine verlobte Person unter Umständen verlangen kann, daß der andere Teil ein ärztliches Zeugnis über seine Gesundheit beibringt.

Ich glaube, man sollte in dieser Hinsicht schon vor langer Hand sich vorsehen und die nähere Bekanntschaft vermeiden, wenn in Sachen der Gesundheit ernste Zweifel sich regen.

Ich glaube ferner, die Eltern und die sonstigen Jugendpfleger sollten die heranwachsenden Jünglinge und Mädchen rechtzeitig belehren über die unbedingte Notwendigkeit, daß man keinen Ehebund schließen darf, ohne beiderseitige Gesundheit an Leib und Seele.

Eine solche Aufklärung hat auch einen großen erzieherischen Wert. Sie mahnt den Jüngling im Trubel der Versuchungen: Hüte dich vor Verirrungen, die dir nachher verbieten, um ein braves Mädchen zu werben, und die dich zum Heucheln und Lügen zwingen, wenn du vor den forschenden Augen der künftigen Schwiegermutter und vor den ernsten Fragen des gewissenhaften Schwiegervaters stehst. Die Nutzanwendung für das weibliche Geschlecht liegt nahe. Insbesondere wird das Mädchen, das doch auf eine schöne Heirat hofft, alles vermeiden, was einen Flecken auf ihren guten Ruf machen könnte.

Also singen wir das Lob von Heirat und Hochzeit, aber nur insofern, als die Verbindung vor Gott und vor der gesunden Vernunft gerechtfertigt ist. Und die schon verheiratet sind, sollen rechtzeitig alles aufbieten, um ihre Kinder zu tüchtigen Hausvätern und Hausmüttern zu erziehen.

Die Hochzeit von Kana eignet sich trefflich zur Besprechung am Familientisch.

§ 2. Der Gemeindebesteuerung unterliegen: a) der steuerfreie Einkommensteil des § 20 Absatz 1 des REG. zu 1500 Mark und des § 20 Absatz 6 ds REG. zu 500 Mark ganz, wenn der steuerfreie Einkommensteil nicht mehr als 1500 Mark beträgt; b) der steuerfreie Einkommensteil des § 20 Absatz 1 EG. zu 1500 Mark mit ½ d. i. 750 Mark, wenn der steuerfreie Teil 1500 Mark übersteigt; c) die steuerfreien Einkommensteile des § 20 Absatz 2 EG. zu 500 Mark mit ½ d. i. 250 Mark.

§ 3. Bei denjenigen steuerbaren Einkommen, die 10 000 Mark nicht um den Betrag der Steuer übersteigen, ist nur der Betrag als Steuer zuentrichten, der 10 000 Mark übersteigt.

§ 4. Die Berechnung der von der Stadtgemeinde Neuß zu erhebenden Steuer erfolgt nach dem aus § 21 des EG. sich ergebenden höchsten Hundertsatze. In den Fällen der §§ 26 und 44 EG. wird die gemeindliche Steuer auf den höchsten Hundertsatz ermäßigt, auf welchen die Einkommensteuer herabgesetzt ist.

Der von der Zentrumspartei beantragte Zusatz hat folgenden Wortlaut:

Dieser Betrag erhöht sich für jede zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person, deren Einkommen gemäß §§ 16 und 17 des Reichseinkommensteuergesetzes dem Einkommen der Steuerpflichtigen hinzuzurechnen ist oder deren Unterhalt der Steuerpflichtige zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht bestreitet, um 2000 Mark für die Ehefrau und 1000 Mark für jedes Kind.

Beig. Braun (M.-S.) begründet einen Antrag, der Einkommen bis 24 000 Mark für Verheiratete mit drei Kindern und bei Ledigen bis zu 16 000 Mark berücksichtigt. Beig. Klein weist darauf hin, daß nach dem Antrag der Verwaltung 1 700 000 Mark Ertrag von der Steuer zu erwarten seien. Nach Annahme eines Antrages der Unabhängigen würden davon 60 Prozent in Wegfall komen. Was der Antrag Braun für Folgen haben werde, könne er nicht sagen. Morgen schon müsse ein Entschluß über die Steuer bei der Regierung in Düsseldorf sein. Stadtv. Fischer (Ztr.) bittet, den Antrag mit dem Zusatzantrag der Zentrumspartei anzunehmen. Dieser Antrag habe auch Aussicht auf Genehmigung. Bei den Beschlüssen müßten eine ganze Reihe bestimmter Vorschriften berücksichtigt werden. Der Antrag der Verwaltung mit dem Zusatz der Zentrumspartei wird dann angenommen.

Die Sozialdemokratische Partei hatte folgenden Antrag gestellt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, kleinere Vorlagen, deren Wert 5- oder 10 000 Mark nicht übersteigt, durch die Finanzkommission erledigen zu lassen, falls diese die Erledigung einstimmig beschließt.

Beig. Braun (M.-S.) erklärte, der Antrag bedürfe keiner Begründung, da durch die Annahme des Antrages eine Entlastung der Stadtverordnetenversammlung eintrete, wie schon die heutige Tagesordnung beweise. Von den 23 Beratungsgegenständen der letzten Sitzung hätte die Finanzkommission 9 selbständig erledigen können. Stadtv. Raederscheidt (Ztr.): In seiner Fraktion seien grundsätzliche Bedenken gegen den Antrag aufgetaucht. Man glaube dem Vorschlage nicht zustimmen zu können. Bei der Abstimmung wurde der Antrag durch das Zentrum und die Deutsche Volkspartei gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Weiter lag folgender Antrag vor: Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beantragt, dem „Stadtwirtschaftsrat" ein informatorisch teilnehmendes Migied aus jeder Fraktion beizugeben. Sollte dieser Antrag wider Erwarten abgelehnt werden, so würden wir, gestützt auf das Gesetz betr. Regelung verschiedener Punkte der Gemeindeverfassung vom 18. Juli 1919 eine Neuwahl des Stadtwirtschaftsrates nach Muster ander Städte (Offenbach etc.) verlangen.

Verwaltungsseitig wurde zu diesem Antrage erklärt, der Stadtwirtschaftsrat vertrete einstimmig den Standpunkt, daß die Kommission groß genug sei. Vier Stadtverordnete seien bereits darin vertreten. Jedoch habe der Stadtwirtschaftsrat keine Bedenken gegen die Zulassung von informatorisch teilnehmenden Parteivertretern. Beig. Braun (M.-S.) forderte die Zulassung, weil der Stadtwirtschaftsrat heute eine Interessenvertretung sei. Stadtv. Linden (D. V.) bemerkt, die Parteien, die seinerzeit den Antrag auf Bildung eines Stadtwirtschaftsrates einbrachten, wünschten, daß die Einrichtung so wie sie ist bestehen bleibe. Beig. Braun (M.-S.): Dadurch, daß man informatorische Mitglieder hineinschicke, leide doch der Stadtwirtschaftsrat nicht. Er glaube dann den bürgerlichen Parteien die Verantwortung dafür zuschieben zu müssen, wenn der Wirtschaftsrat auffliege. Beig. Hüpper erklärte nochmals, daß der Wirtschaftsrat ja garnichts gegen die Zulassung der informatorischen Mitglieder einzuwenden habe. Bei der Abstimmung ergaben sich 18 Stimmen für den Antrag, der damit angenommen war.

Stadtverordnetenversamml. beschließt ferner a) die Anerkennungsgebühr für die dem Postamt erteilte Genehmigung zur Herstellung einer Rinnenüberbrückung vom neuen Postgebäude an der Promenadenstraße von 5 auf 50 Mark jährlich und b) die Anerkennungsgebühr für die dem Postamt erteilte Genehmigung zur Benutzung der Promenadenstraße für die Rohrpostanlage von 10 auf 100 Mark jährlich zu erhöhen.

*

In der geheimen Sitzung wurde ein Raum im Hinterhause Oberstraße 130, ein Erdgeschoß im Anbau im Hause Kapitelstraße 12 vermietet. Das Verkaufshäuschen an der Ecke Furtherstraße wurde an ein Rauch- und Obstwarengeschäft vermietet. Die Erhebung einer Klage und der Abschluß eines Vergleichs wurde genehmigt. Die Miete für das städtische Ladenlokal auf dem Büchel wurde erhöht.

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 19. Januar 1921

Kinder in Not!

Von A. Stegerwald, Minister für Volkswohlfahrt.

Deutschland sammelt für seine in Not versunkenen Kinder! Das werdende und heranwachsende Geschlecht ist in Gefahr: es zu retten und damit die Zukunft unseres Volkes und unseres Vaterlandes zu sichern, sei die oberste Forderung für jeden Volksgenossen. Hier schweigt die Partei, schweigt jeder Unterschied in Stand und Konfession; hier sind wir einig in einer Verantwortung, einer Pflicht, einem Willen und einem Gefühl. Darum muß das Werk gelingen, zu dem jetzt die in der Kinderführsorge berufenen und verdienten Wohlfahrtsverbände aufrufen.

Ich mache unserm Volke den Vorwurf nicht, daß es nach dem Auslande sich anschickt, seiner Pflicht für den eigenen Nachwuchs zu genügen. Nach Erschütterungen wie sie der verlorene Krieg, die Umwälzung und dieser Friedensvertrag hervorriefen, kann die Selbstbesinnung nur allmählich mit der Klärung der politischen und wirtschaftlichen Lage heranreifen. Ich schätze das deutsche Volk auch nicht nach dem Eindrucke ein, den durchreisenden ausländischen Beobachter von ihrem Besuche in Berlin und anderen deutschen Großstädten erhalten: „Sie schlemmen und tanzen und lassen uns für ihre Kinder sorgen." Ich kenne den Kern unseres Volkes und bin gewiß, daß siene im Kriege bewiesene beispiellose Opferfähigkeit nicht ertötet ist.

Aber wir sind arm geworden, gerade der sozial hochbewerte Mittelstand ist von der wirtschaftlichen Notlage am härtesten getroffen. Er wird dennoch nicht versagen! Nicht versagen wird auch die Arbeiterschaft, die ihre politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften hier sozial auswirken kann.

Nicht Gesetze und Organisationen, nicht staatliche und kommunale Mittel allein, auch nicht die Gaben zahlreicher einzelner Spender, sondern nur das gesamtvolk kan helfen. Wenn es einmütig seinen sozialen Willen betätigt, werden Mittel zusammenfließen, die das Elend zum mindesten aufhalten. Was das deutsche Volk an seinen Kindern tut, tut es für sich selbst. So furchtbar klar liegen die Folgen von Elend und Gefahren des Volksnachwuchses, daß nicht Worte den Appell an das Gewissen eines jeden Volksgenossen zu bekräftigen brauchen. Hier reden die Tatsachen diewuchtigste Sprache.

Einen Beitrag kann Jeder spenden. Wenn jeder einen Stundenlohn opfert oder einen Genuß sich versagt, wird die Sammlung für das notleidende Kind viele Millionen Mark erreichen. In geschlossener Reihe sollen die Frauen auf den Plan treten! Hier ist der Platz, auf dem weibliches Mitgefühl und weibliche Opferfähigkeit Wunder wirken können. In allen zivilisierten Sprachen erhebt sich für die deutschen Kinder der Aufschrei: Rettet die Kinder! Wenn ihn das deutsche Volk nunmehr, nachdem ihn solange die eigene Not erstickt zu haben scheint einmütig erhebt, wird der Widerhall im Auslande nicht ausbleiben. Wir werden im Auslande um so mehr auf Verständnis für unsere Lage rechnen dürfen, je gemeinsamer wir an ihrer Verbesserung arbeiten. Nur so können wir die Liebesgaben des Auslandes als Vertrauenspfand in die Wiedergeburtskraft unseres Volkes in Empfang nehmen. Rettet das deutsche Kind!

Deutsche Kinderhilfe. Es gingen weiter ein: Industriehotel (Sammlung) 391 Mk., A. L. 100 Mk., von einer Hochzeitsgesellschaft 100 Mk., Baufirma Kluth 500 Mk., Theaterverein Fidelio Nievenheim 100 Mk., N. N. 250 Mark, Deutscher Lehrerverein, Ortsgruppe Neuß 200 Mk., Restaurant Pillartz (Sammlung) 536 Mk., Eifelverein 1000 Mk., N. N. 5 Mk. Zusammen 3182 Mk. Bisher eingegangen 74 851,20 Mk. Summa der ganzen Sammlung 78 033,20 Mk.

Die Firma Robert Lonnes übergab dem Wohlfahrtsamt ein Stück Marengotuch für Zwecke der Deutschen Kinderhilfe. Der Männer-Gesangverein Cäcilia stiftete 561 Mk., Frau A. Koenemann 40 Mk. für Neußer Kinder.

Apologetisch wissenschaftlicher Vortrag. Der bekannte Kanzelredner Prof. Schwarz aus dem Jesuitenorden wird heute abend 8 Uhr in der Münsterkirche über das gerade in heutiger Zeit so aktuelle Thema sprechen: Wissenschaftliche Gotteslougnung. Hierzu sind alle, besonders die Männerwelt, herzl. eingeladen.

Sanitätskolonne. Nach einer Pause von 6 Jahren sah man am Sonntag die Mitglieder der Sanitätskolonne mit ihren Familien wieder einmal zu einem Feste vereinigt. Mit herzlichen Worten begrüßte Herr Sanitätsrat Dr. Goder die in großer Zahl erschienenen Teilnehmer. Die Vergnügungskommission hatte in Herrn Keldenich einen bewährten Leiter gefunden. Instrumentale, gesangliche, turnerische und theatralische Darbietungen wechselten in bunter Folge und kürzten die frohen Stunden allzuschnell. Den Schluß bildete das unvermeidliche Tänzchen. Eine Sammlung der Mitglieder ergab einen ansehnlichen Betrag für die Kinderhilfe. Der Vorsitzende der Kolonne, Herr Rektor Becher, sprach allen, die zum Gelingen des schönen Festes beigetragen hatten, den wärmsten Dank aus. Für den Sommer ist ein kleines Fest für die Kinder in Aussicht genommen.

Landwirtschaftliche Lokalabteilung. Die Versammlung der Landwirtschaftlichen Lokalabteilung, die am Dienstag nachmittag bei Hermkes stattfand, war trotz des schlechten Wetters gut besucht. Herr Lokalabteilungs-Direktor Ehrenbürgermeister a. D. Hoffmann-Lövelinq, erklärte bei den geschäftlichen Mitteilungen, daß die Lokalabteilung seit kurzem 265 Mitglieder zähle und damit vor die Wahl eines Delegierten zum Zentralvorstand stehe. Der Vorstand schlage vor, dafür Herrn Landrat Frhrn. v. Lüninck zu wählen. Dieser werde in der Wahl einen Beweis der Sympathien sehen, die man ihm in der Landwirtschaft des Kreises entgegenbringe. Ihm liege das Wohl der Landwirtschaft am Herzen und er sei mit allen Mitteln für die Landwirtschaft eingetreten. Die Wahl des Landrats zum Delegierten wurde einstimmig angenommen. Herr Lokalabteilungsdirektor Hoffmann bat dann Meldungen zur Prämiierung von Dienstboten, die 15 Jahre in einem Dienste seien, sollten baldigst Herrn Winterschuldirektor Wolff eingereicht werden. Herr Landesökonomierat Dettinger verbreitete sich über Schweinehaltung und Schweineaufzucht. Der Schweinezucht sei durch den Krieg am übelsten mitgespielt worden. Zunächst besprach der Redner die schweinezüchterischen Grundlagen und die Fütterung. Es fehle an Zuchtmaterial und an Futtermitteln. In der Rheinprovinz habe man bereits wieder den halben Friedensbestand an Schweinen erreicht. Das sei in der kurzen Zeit ein recht schöner Erfolg und ein Ruhmesblatt für die Landwirtschaft. Der Redner verbreitete sich dann über die Frage, in welche Betriebe die Schweinezucht hineinpasse. Sie habe in vielen Großbetrieben nicht den Umfang angenommen, den sie haben müsse. Das sei zurückzuführen auf den Mangel an zuverlässigem Pflegepersonal. Die Schweinezucht sei so recht beheimatet im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, wo sie wegen der Mitarbeit der Familienmitglieder besonders erfolgreich sei. Man könne die Schweinezucht auch ohne Milchzugabe betreiben. Der Redner besprach die Anforderungen, die an einen guten Stall zu stellen sind und wandte sich dann der Auswahl der Rasse zu. Es handele sich hauptsächlich um drei Rassen; das unveredelte Landschwein, das deutsche Edelschwein und das veredelte deutsche Landschwein. Das letztere habe in Deutschland die größte Verbreitung gefunden. Die Zucht eines Edelschweines oder eines ziemlich stark veredelten Landschweines sei das Zuchtziel der niederrheinischen Landwirtschaft. In der Aussprache wurde die Rassefrage noch eingehend besprochen. Es solle in Kürze Versteigerung von Schweinezuchtmaterial stattfinden.

Sind Sie ausreichend versichert? Von fachmännischer Seite wird uns geschrieben: In Schadenfällen muß immer wieder beobachtet werden, daß die Versicherten durch leider vielfach zu findende Leichtfertigkeit oder mangelnde Einsicht trotz aller Anregungen der Versicherungsgesellschaften es unterlassen haben, in ihrem eigenen Interesse für ausreichende Versicherung zu sorgen und so erheblichen Verlust durch unzureichende Versicherung erleiden. Noch immer bestehen Zweifel über die Bedeutung der Versicherungssumme. Vielfach herrscht der Irrtum, daß im Schadenfall der Schaden bis zur Höhe der Versicherungssumme ausbezahlt werden muß. In Wirklichkeit hängt die Höhe der Entschädigung davon ab, ob der Gegenstand zu seinem vollen Wert oder ungenügend versichert ist. Wenn ein Gebäude, welches Mark 100 000 wert ist, nur mit Mark 10 000 versichert ist, so ist jeder einzelne Teil des Gebäudes im gleichen Verhältnis, also nur zu ein Zehntel versichert. Brennt das Gebäude zur Hälfte ab, sodaß ein Schaden von Mark 50 000 entsteht, so beträgt die Entschädigung auch nur ein Zehntel der Ehebodensumme, also Mark 5000. Daher ist Vollversicherung geboten! Bei den gegenwärtigen gestiegenen Preisen reichen die bisherigen Versicherungssummen zur Deckung der jetzigen Werte regelmäßig nicht aus. Es ist daher dringend notwendig, Gebäude wie Mobiar höher versichern zu lassen. Gänzlich verfehlt ist die vielfach verbreitete Ansicht, daß nach dem den heutigen Verhältnissen angepaßten Feuerversicherungswert auch die Steuerveranlagung erfolge. Bei der Bewertung in den Steuergesetzen geht man vom Gemeinen- oder Nutzungswert aus, der in keinem Verhältnis steht zu den heutigen außerordentlich hohen Wiederherstellungskosten. Eine Ueberversicherung ist selbstverständlich zu verhüten. Sie kostet unnötig Geld und bietet im Schadenfall keinen Vorteil. Maßgebend ist stets der noch vorhandene Wert (Jetztwert). Ist ein Gebäude mit Mk. 10 000 versichert, im Augenblick des Schadens infolge Alters oder Abnutzung nurmehr Mk. 8000 wert, so kann selbst bei Ganzschaden nicht mehr als der Wert, also nur der Betrag von Mk. 8000 entschädigt werden. Denn die Versicherung darf kraft gesetzlicher Bestimmung nie zu einer Bereicherung des Versicherten führen. In betrügerischer Absicht erfolgte Ueberversicherung macht den Versicherungsvertrag nichtig und ist strafbar. Der durch Alter oder Abnutzung gemäß vorstehendem Beispiel verursachte Wertverlust von Mk. 2000 kann niemals durch die Brandversicherung ausgeglichen werden; das ist nicht ihre Aufgabe. Hier hat die Sparbüchse, der Sparsinn einzutreten. Die Versicherung gegen Sachschäden soll gegen unerwartete, ungewisse Schäden schützen. Gegen Verluste, welche naturgemäß und sicher zu gewärtigen sind, wie jene durch Benutzung und Alter, kann sich der Eigentümer dadurch schützen, daß er in Erwartung des sicheren Verlustes allmählich die Mittel sammelt und spart, bezw. den Bilanzwerten abschreibt, um den Verlust wieder zu ersetzen.

Die Versicherten sollten es sich daher zur Aufgabe machen, alle Jahre, etwa bei Gelegenheit der Steuererklärung oder bei einem anderen alljährlich wiederkehrenden Anlasse, auch die Versicherung nachzuprüfen. Ist sie zu gering, so soll sie zur Erlangung einer vollen Entschädigung im Brandfalle erhöht werden. Versicherungsanstalten, bei denen jeder sorgsame Haushalter gedeckt sein sollte, werden auf Anfrage bei der Wertermittelung gern mit Rat aushelfen. Also keine Unterversicherung! Keine Ueberversicherung; nur stets Vollversicherung!

An der gestrigen Kölner Börse wurden bezahlt für englische Noten (1 Pfund Sterling) 234½—240 Mark; französische Noten (100 Franken) 395—405 Mark; belgische Noten (100 Franken) 410—418 Mark; holländische Noten (100 Gulden) 2045—2000 Mark; amerikanische Noten (1 Dollar) Scheck 60—61½ Mark, Kabel 63 Mark; schweizerische Noten (100 Franken) 990—1000 Mark.

Diebstahl. In einem Hause in der Kreselderstraße wurden 5 Kaninchen gestohlen. — Aus einem Hause in der Kanalstraße Geldbeträge und Schmucksachen gestohlen. — Ein vor einiger Zeit gestohlener Telefonapparat wurde wieder herbeigeschafft, der Täter festgenommen.

Kirchliches.

Die Kinder-Kommunion. Für die öffentliche gemeinsame Feier der ersten heiligen Kommunion der Volksschüler und -schülerinnen kann auch in diesem Jahre von den Pfarrern und Rektoren je nach den örtlichen Verhältnissen oder Bedürfnissen entweder der Weiße Sonntag oder das Fest Christi Himmelfahrt gewählt werden. Mit Rücksicht auf die gesteigerte Not der Zeit, besonders hinsichtlich der Beschaffung von Kleidern und Schuhen sollen die Pfarrer und Rektoren die Eltern und Kinder rechtzeitig ermahnen, in Gemäßheit früherer Verordnungen auf größtmögliche Einfachheit Bedacht zu nehmen. Jedenfalls darf die Kleiderfrage nicht zum Anlaß von seiten der Eltern genommen werden, die Kinder von der Feier zurückzuhalten. Das Erzbischöfliche Generalvikariat gibt den Geistlichen anheim, die übliche feierliche Abholung der Kommunionkinder an der Schule und die Führung derselben zur Kirche zu unterlassen oder doch so einzurichten, daß die ärmeren Kinder bezw. deren Anverwandte infolge der Dürftigkeit der Kleidung nicht verletzt werden. Gleichzeitig wird an früheren Verordnungen, betreffend den Gebrauch der Kerzen bei der Kommunionfeier, erinnert, und den Pfarrern dringend empfohlen, dafür sorgen zu wollen, daß alle Kommunionkinder eine einfache Kerze von gleichem Gewicht erhalten, und daß den ärmeren Kindern die Kerze kostenlos von der Kirche gestellt wird.

Sprechstunden des Erzbischofs. Der Erzbischof ist, insoweit er nicht durch Sitzungen verhindert wird, Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags, morgens von 11½ bis 1 Uhr und nachmittags von 5½ bis 7 Uhr in seiner Wohnung zu sprechen. Die Sitzungen des Erzbischöflichen Generalvikariats sind in der Regel an allen

Aus dem Landkreise.

Kaarst, 18. Jan. In der gestrigen Gemeinderatssitzung ist folgendes beschlossen worden: Zur Aufbringung des Gemeindesteuer-Defizits pro 1920 und 1921 sollen erhoben werden:

von der staatlich veranlagten Grundsteuer . .	700 %
von der staatlich veranlagten Gebäudesteuer . .	700 %
von der staatlich veranlagten Gewerbesteuer	
von den Sätzen der 4. Klasse	400 %
von den Sätzen der 3. Klasse	700 %
von den Sätzen der 2. Klasse	900 %
von den Sätzen der 1. Klasse	1200 %

Ferner sollen auf Grund des § 30 des Landessteuergesetzes vom 30. Mai 1920 und der Verordnung über die Besteuerung des Mindesteinkommens durch die Gemeinden vom 28. Mai 1920 die Steuerpflichtigen mit dem im § 30 L. St. G. vorgesehenen Höchstsatze von der Hälfte der reichseinkommensteuerfreien Einkommensteile zur Gemeindesteuer herangezogen werden, mit der Maßgabe, daß diejenigen Steuerpflichtigen, bei deren Veranlagung ein reichssteuerfreier Einkommensteil von nicht mehr als 1500 Mk. berücksichtigt wird, nach dem Höchstsatze, zu welchem sie zur Reichseinkommensteuer veranlagt sind, herangezogen werden. Von dieser Gemeindesteuer bleiben frei, Steuerpflichtige mit einem Gesamteinkommen bis zu 15 000, 17 000, 19 000, 21 000 bezw. 23 000 Mk., je nachdem der reichssteuerfreie Einkommensteil mehr als 1500, 2500, 3500, 4500 oder 5500 Mark beträgt. Ferner soll eine Luxussteuer eingeführt werden. Die Steuerordnungen für 1920 und 1921 werden genehmigt, desgleichen die Luxussteuerordnung nach der auf das Halten von Personenkraftwagen, Motorfahrrädern, Kutschwagen und Luxuspferden eine Gemeindesteuer erhoben wird.

Die Beerdigungsgebühren werden um 100 % erhöht. Gerhard Lorenzen wird in die Finanzkommission und Straßenkommission, Hermann Siegert und Pfarrer Lejoly in die Armenkommission gewählt. Die Gemeinderechnung pro 1918 wird abgenommen. Zur Sammlung für die Kriegs- und Zivilgefangenen in Sibirien werden 300 Mark, für Beförderung der abstimmungsberechtigten Schlesier ebenfalls 300 Mark bewilligt. Ferner werden 20 Pfennig auf den Kopf der organisierten Jugendlichen als Beitrag zur Deckung der Kosten für Jugendpflege bewilligt.

Aus Nah und Fern.

Hilden, 19. Jan. Vier Kölner versuchten einen Raub auf die Reichsbank in Hilden, der aber mißlungen ist. Einer ist entflohen, drei wurden verhaftet. Einer der Verhafteten machte einen Selbstmordversuch durch Erschießen.

Berlin im Schnee.

Berlin, 18. Jan. In der Nacht zum 18. d. Mts. gingen über Berlin und Umgegend ungeheure Schneemassen nieder. In den Vororten ist er streckenweise kniehief zusammengeweht. Der Straßenbahnverkehr ruht vollständig. Elektrisch betriebene Schneepflüge machen allmählich die Gleise frei. Der Vorortverkehr ist unregelmäßig und hat durchweg Verspätungen. Die Temperatur ist über dem Nullpunkt.

Schweres Eisenbahnunglück in Rußland.

Kopenhagen, 18. Jan. Berlingske Tidende wird aus Helsingfors telegraphiert: Ein großes Eisenbahnunglück fand südlich auf der Bahn zwischen Luga und Nowgorod statt. Eine Benzinladung, die für die Bauern bestimmt war, um gegen Getreide ausgetauscht zu werden, explodierte im Zuge. Von den darin befindlichen 82 Personen kamen 68 ums Leben.

Zentrums-Parteinachrichten.

Sekretariat: Glockhammmer 34 I. Fernruf 683.
Sprechstunden: morgens 8—11, nachm. 4½—7 Uhr.
Samstags nur vormittags.

Damen und Herren, welche auf dem Boden der Zentrumspartei stehen und zur tätigen Mitarbeit bereit sind, sind zu den Bezirksversammlungen frdl. eingeladen.

Am Donnerstag, den 20. Januar, abends 7½ Uhr, im Lokale „zu den 3 Glocken", Glockhammer, und am Freitag, den 21. Januar, abends 7½ Uhr, im Lokale von Karl Gatzweiler, Oberstr. 132, findet je eine

Versammlung aller Vertrauenspersonen

des 11., 1. und 3. Bezirks statt. Zum 11. Bezirk gehören: Büchel-, Glockhammer-, Rhein-, Münster-, Krämer-, Quirinusstraße, Münsterplatz, Spulgasse und städt. Lagerhaus. Zum 1. Bezirk gehören: Markt, Flößhafen, Hammerland-, Brück-, Hessen-, Industrie-, Oberstraße, Hyngasse und Sektion E 9, 10, 11. Zum 3. Bezirk gehören: Clarissen-, Mühlen-, Michael-, Promenaden-, Friedrich-, Zollstraße, Jesuitenhof, Kallengasse, Klostergasse, Lindengasse und Rottelsgasse.

Zentrumswähler und Wählerinnen!

Sicherlich seit ihr alle mit uns derselben Meinung, daß das Zentrum aus diesem Wahlkampf in alter Kraft hervorgehen muß. Nur noch einige Wochen und eine Großwahlschlacht wird geschlagen, wie wir bisher noch keine ähnliche erlebt. Es ist unsere Christen- und Bürgerpflicht, diese letzten Wochen zu reger Arbeit für unsere Zentrumspartei zu benutzen. Jeder Wähler und jede Wählerin soll deshalb es als Ehrenpflicht betrachten, bei den noch notwendig zu verrichtenden Arbeiten freudig mitzuhelfen. Wenn Alle kommen und Jeder nur etwas mithilft, wird Großes geleistet. Jetzt darf Niemand sich auf den Anderen verlassen, sondern jeder soll selber mit dabei sein. Darum erscheint vollzählich und pünktlich in den Versammlungen! Die Bezirksvorstände.

Spiel und Sport.

Fußball. Sportfreunde I gegen Cleve I. 3 : 1 (1 : 1). Das mit Spannung erwartete Treffen hatte eine große Zuschauermenge auf den Platz an der Landstraße nach Hamm gelockt. Das Spiel endete mit einem verdienten Sieg der Einheimischen, die durchweg überlegen waren und im ganzen ein schönes und vornehmes Spiel vorführten. Gleich nach Abstoß hatten allerdings zunächst die Gäste mehr vom Spiel und konnten sogar nach wenigen Minuten schon in Führung gehen. Bald aber hatten sich die Neußer gefunden und hielten den Ball fast stets in der Hälfte des Gegners. Vor der Pause noch fiel das ausgleichbringende Tor. In der zweiten Halbzeit trat die Ueberlegenheit der Platzmannschaft noch mehr in die Erscheinung. In gleichen Abständen konnte sie noch zweimal einsenden und von mit 3 : 1 als Sieger den Platz verlassen. Das Resultat wäre vielleicht für Neuß noch höher gewesen, wenn die Clever Verteidigung, besonders auch der Torwächter nicht so gut und zum Teil auch so glücklich gewesen wären.

Dem Meisterschaftsspiel der Fußballer ging ein interessantes Hockeyspiel vorauf. Die Hockeymannschaft der Sportfreunde hatte eine glückliche Mannschaft der Studentenverbindung Staufia-Bonn (C. V.) zu Gast. Waren in der ersten Halbzeit die Gäste im Vorteil, so zeigten sich in der zweiten die Neußer überlegen. Beiden Parteien aber war ein Tor nicht beschieden. Das Spiel endete dem Verlauf entsprechend unentschieden. (0 : 0).

Persil

wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche,

spart Arbeit Seife u. Kohlen.

Bestes und billigstes selbsttätiges

Waschmittel

Preis Mk. 4.— das Paket

Henkel & Cie. Düsseldorf.

Vereinskalender.

Kath. Arbeiterverein, Münsterpfarre. Wegen des ewigen Gebetes in der Münsterkirche findet die Versammlung nicht Sonntag, sondern Donnerstag, den 27. Januar, abends 7 Uhr in der Wirtschaft von Schmitz (Glockhammer) statt.

Kathol. Arbeiter-Verein Münsterpfarre. Die Kinder wollen ihre Bücher im Glockhammer abgeben.

Verein kath. kaufm. Gehilfinnen und Beamtinnen, Neuß. Heute 7—8 Uhr Bibliothek, Stellenvermittlung und Sekretariat. Freitag punkt ½8 Uhr Wiederbeginn der apologetischen Vorträge im Vereinshaus, Michaelstraße.

Jungfrauen-Kongregation St. Marien. Heute und Donnerstag abend 7 Uhr bei Peppekus (Kapitelstr.) Weihnachtsfeier und Theaterabend für die Mitglieder und ihre Eltern. Kinder haben keinen Zutritt. Karten a 2 Mark sind nur an der Kasse zu haben. Es mögen nicht alle heute abend kommen. Der Saal wird ½7 Uhr geöffnet. — Donnerstag abend ist Chorprobe.

Jungfrauen-Kongregation St. Dreikönigen. Heute Mittwoch abend 6¾ Uhr im Saale des Lyzeums Marienberg Wiederholung des Festspiels „Frauensegen", aus dem Leben der hl. Lioba, von Pater Paul Humpert. Programme an der Kasse. Saaleinlaß 6½ Uhr.

Zentralverband christl. Holzarbeiter. Sonntag, morg. ½11 Uhr bei J. Schmitz, Glockhammer 50 Generalversammlung mit Vorstandswahl.

Christlicher Metallarbeiter-Verband. Heute abend 7 Uhr findet bei Schmitz (Glockhammer) eine äußerst wichtige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bekanntgabe des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses. Abstimmung über Annahme oder Ablehnung. Kein Mitglied darf fehlen!

Mignon-Schreibmaschine zu 150 Mk. zu verk. bis 11 Uhr vormittag. Wo, sagt die Expedition dieser Zeitg.

Lacto-Rührei-Pulver

(Lactovolin)

wird mit **Wasser gut angerührt** und ist dann **fertig zum Backen.**
In Beuteln zu **M. 2.75** und **M. 5.25 billiger** wie **Ei.**

Lactowerk Gebr. Schredelseker in Horchheim bei Worms.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, am Montag, den 17. d. Mts., abends 10¼ Uhr unsern lieben Vater, Schwiegervater und Grossvater

den wohlachtbaren Herrn

Anton Rembold

infolge eines Schlaganfalles, gestärkt durch den Empfang der heil. Sterbesakramente, im Alter von 73 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die trauernden Angehörigen.

Capellen und Hemmerden, den 18. Januar 1921.

Die Beerdigung findet statt Freitag, den 21. Jan., morgens 9 Uhr, vom Sterbehause Capellen, Friedrichstr. 80 aus, gleich darnach die feierlichen Exequien in der Pfarrkirche zu Capellen, wozu freundlichst eingeladen wird.

†

Das Sechswochenamt

für unsere liebe Mutter

Wwe. Joh. Engels

findet Donnerstag, den 20. Januar, morgens 9 Uhr in der Münsterkirche statt, wozu freundlichst einladet

Die Familie.

†

Das Sechswochenamt

für unsern lieben, unvergesslichen Sohn und Bruder

Willy

findet Donnerstag, den 20. Jan. morgens ½9 in der Dreikönigenkirche statt, wozu freundlichst einladet

Familie Herm. Hüser.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unserer lieben unvergesslichen Schwester und Nichte Helene sprechen

tiefempfundenen Dank

aus

Geschw. Heimeshoff
Geschw. Dammer

Büttgen-Felshof.

Bekanntmachung.

Die Wolberstraße wird von Mittwoch, den 19. d. M. bis zur Beendigung der auszuführenden Kanal-Bauarbeiten für den gesamten Fahrverkehr gesperrt.

Neuß, den 18. Januar 1921.

Die Polizeiverwaltung.
Der Oberbürgermeister: J. V.: **Goertz.**

Anordnung.

Gemäß § 75 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 (RGBl. S. 1021/1028) bleibt die für den Kommunalverband Neuß Stadt am 1. August 1918 erlassene Anordnung betreffend Verbrauchs- und Mahlvorschriften für Selbstversorger mit den sich aus den Nachtragsverordnungen vom 31. Dezember 1919 und 20. Mai 1920 ergebenden Aenderungen und Ergänzungen sinngemäß auch für das Erntewirtschaftsjahr 1920 mit der Maßgabe in Kraft, daß neben Brotgetreide und Gerste auch wieder Hafer in diese Vorschriften einbezogen wird.

Neuß, den 15. Januar 1921.

Der Oberbürgermeister: J. V.: **Goertz.**

Holzverkauf

zu Haus Meer.

Am **Montag, den 24. Januar 1921, nachmittags 2 Uhr** beginnend, läßt **Freiherr v. d. Leyen zu Haus Meer** in der Wirtschaft von L. Peter zu Büderich-Brühl durch den Notar Herrn Faber aus Neuß folgende Hölzer öffentlich meistbietend gegen Bürgschaft verkaufen:

I. Hochwald.
6 Eichenstämme mit 10,82 fm
32 Buchenstämme mit 67,73 fm
40 rm Buchenscheit
28 Buchenreiserhaufen.

II. Oberer Schlag.
32 Eichenstämme mit 15,07 fm
125 Eichenpfähle
40 rm Birkenknüppel
80 Reiserhaufen.

III. Block V an der Osterather Landstraße.
Zirka 800 Eichenpfähle
Zirka 30 Reiserhaufen.

IV. Hinter dem alten Pflanzgarten.
Zirka 5 Eichenreiserhaufen.

V. Hecke zwischen Forstbenden und Fliegenfall.
6 Nummern Schlagholz.

Hedderich.

Ein prächtiger Junge

angekommen.

Rechtsanwalt Dr. Dahmen
und Frau Elisabeth geb. Brand.

Düsseldorf (Wöchnerinnenheim) Flurstrasse, 18. Januar 1921.

Bekanntmachung
betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1920.

Auf Grund des § 144 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetze werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Landkreise Neuß aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1920 — bis spätestens Mitte Februar 1921 — dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Lande und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe (Aerzte, Rechtsanwälte, Notare, Schriftsteller, Künstler usw.) sind steuerpflichtig.

Auch kleinste Betriebe sind steuerpflichtig; eine Steuerbefreiung für Betriebe mit nicht mehr als 3000 Mark Umsätze besteht nach dem Umsatzsteuergesetze vom 24. Dezember 1919 nicht mehr.

Die Steuer wird erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Die Einreichung der Erklärung kann durch erforderlichenfalls zu wiederholende Ordnungsstrafen bis zu je 500 M. erzwungen werden. Umwandlung in Haft ist zulässig. Wer meint, zur Erfüllung der Aufforderung nicht verpflichtet zu sein, hat dies dem Umsatzsteueramt rechtzeitig unter Darlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 der Reichsabgabenordnung).

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer oder mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Ein Stück kann von jedem Steuerpflichtigen bei den Bürgermeisterämtern kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Bei Nichteinreichung einer Erklärung, die im übrigen durch eine Ordnungsstrafe geahndet werden kann, ist das Finanzamt befugt, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Neuß, den 14. Januar 1921.

Frhr. v. Lünink, Landrat.

Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreistag.

Die Wählerlisten für die Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreistag liegen vom 23. bis 30. Januar 1921 cr. auf dem Bürgermeisteramte von 8½ bis 12 Uhr und von 2 bis 5½ Uhr zu jedermanns Einsicht offen. Einsprüche gegen die Richtigkeit können während dieser Zeit schriftlich oder zu Protokoll bei mir angebracht werden.

In den nächsten Tagen erhält jeder in die Wählerliste aufgenommene Wähler eine schriftliche Nachricht, unter welcher Nummer er in die Wählerliste eingetragen ist. Wer eine solche Nachricht nicht erhält, muß also seine Aufnahme im Einspruchsverfahren beantragen.

Kaarst, den 17. Januar 1921.

Der Bürgermeister: **Bergerfurth.**

Bekanntmachung.

Die Vergütungen für die abgelieferten Waffen sind eingetroffen. Die Empfangsberechtigten werden hiermit aufgefordert, sich wegen Empfangnahme des Geldes und wegen eventuell einzulegender Beschwerde bis zum 5. Februar dieses Jahres auf dem Bürgermeisteramte zu melden, da andernfalls eine Beschwerde nicht mehr erfolgen kann.

Kaarst, den 17. Januar 1921.

Der Bürgermeister: **Bergerfurth.**

Haus- und Gärten-Verkauf

in Zons.

Am Freitag, den 21. Januar 1921, nachmittags 5 Uhr,

im Lokale von **Hubert Nußbaum** in **Zons** wird auf Anstehen der **Erben Eheleute Andreas Erkelenz** und **Magdalena** geborene **Weber:**

1. das in Zons, Grünewaldstraße 113, gelegene Hausgrundstück mit Gebäuden, Stallungen u. Scheune,
2. die Gartenparzellen:
   a) Flur O Nummer 679, Engegasse, groß 6,68 Ar,
   b) Flur O Nummer 972/91, das., groß 5,31 Ar,

öffentlich meistbietend unter günstigen Bedingungen versteigert.

Dormagen. **Dr. Winkler,** Notar.

Holzverkauf

zu Rosellen.

Mittwoch, den 26. Januar d. Js., mittags 1 Uhr lassen Gebrüder **Werner und Hubert Kürten** aus Rosellen im Wirtschaftslokale des Herrn Heinrich Wilms **30 Nummern Schlagholz,**

lagernd in der Nähe des Dorfes, bei guter Abfuhr, öffentlich freiwillig auf Kredit gegen gute Bürgschaft versteigern.

Büren. **Hubert Kürten.**

Für die Stadt

Grevenbroich

zuverlässige Person (Halbinvalide oder Frau) als

Zeitungsbote

gesucht.

Meldungen umgehend erbeten an die Buchhandlung **Mathias Istas, Grevenbroich,** oder **Neuß-Grevenbroicher Zeitung, Neuß,** Niederstraße 48.

Für sofort oder später

Buchbinderei
mit Schreibwaren-Geschäft

bei sofortiger Barzahlung zu kaufen eventl. zu mieten gesucht. Rheinland-Westfalen bevorzugt. Offerten unter **W 2222** an die Exped.

†

Das Jahrgedächtnis

für den verstorbenen Herrn

Peter Coenen

findet am Donnerstag, den 20. Januar, morgens 9 Uhr in d. St. Marienkirche statt, wozu freundlichst einladet

Die Familie.

Baustelle

an der Rheydterstraße, 16 Meter breit, 40 Meter tief, preiswert zu verkaufen.

Offerten unter O 589 an die Expedition dieser Zeitg.

Ein Baugrundstück

zu kaufen gesucht. Angebote unter R 2217 an die Exp.

Neues Wohnhaus

18 Räume, Stall u. Garten billig zu verkaufen.

Offerten unter **B** 590 an die Expedition dieser Zeitg.

1 od. 2 möbl. Zimmer in Neuß ges. f. 2 Pers. Gut bezahlt. Off. unter F. 2206 an die Exped. dieser Ztg.

Gut möbliertes Zimmer, möglichst mit Mittagstisch, sucht Chemikerin. Offerten unter **Z** 2225 an die Exped.

Möbl. Zimmer

wenn möglich mit voller Pension, von jungem Herrn gesucht. Offerten u. **A** 2226 an die Expedition dsr. Ztg.

Zum 15. Februar oder 1. März suche ich zur Führung meines kl. landwirtschaftlichen Betriebes einen zuverläss. unverheirateten

Pferdeknecht

Finger, Haus Limpert, Fürth bei Grevenbroich.

Junge Leute

die zur See fahren wollen, erhalten vorher Aufklär. u. Kat. Auskunftet: **Hamburg 36,** Schließf. 112. — **D 31.**

Ein ordentlicher
— **Junge** —

von 16—18 J., der Pflügen und mit Pferden umgehen kann, zu Lichtmeß oder 15. Februar gesucht. **Hermann Krücken, Geulenhof,** Neuß, Morgensternsheide F 156.

Suche für meinen Sohn, 14 Jahre alt, zu Ostern

Lehrstelle

auf Büro, am liebsten auf Fabrik. Off. u. **B** 2227 an die Expedition dieser Zeitg.

Modes

2. Arbeiterin

gesucht.

Frau Plücken,
Kapitelstraße 2.

Best. **Kolonialwarengesch.** sucht z. 1. April erfahrene, arbeitsfreudige, branchekundige, katholische

Verkäuferin

von **religiösem Charakter,** peinlich ehrlich u. pünktl., die sich über gleiche, einwandfreie mehrj. Tätigkeit best. ausweisen kann u. der an Dauerstellung gelegen. Offert. m. lückenlosem Lebenslauf, Zeugnisabschrift. u. Salaranspr. b. freier Stat. u. Familienanschluß u. **X 2223** an die Exp. erb.

Ordentliches, ehrliches
Mädchen

in kinderl. Haush. gesucht. **Betriebsführer Buchenau, Neurath,** Guratherstr. 66.

Tüchtiges Mädchen

mit guten Zeugnissen geg. guten Lohn in kl. Haushalt zu Lichtmeß gesucht. Wo, sagt die Expedition.

Bess. Mädchen

für Geschäft und Haushalt zur Stütze der Hausfrau b. Familienanschluß per sof. gesucht. Dienstmädchen vorhanden. Offert. u. **P 2224** an die Expedition dsr. Ztg.

Ordentl. Mädchen

v. Lande für alle Hausarb. zum 1. od. 15. Febr. gesucht. **Hilgers,** Oberstr. 96, Metzg.

Gebild., zuverl. Fräulein, 32 J., das den Haushalt selbständ. leiten kann, gut Näh. u. Krankenpfl. versf., sucht bald Stell. Freundl. Offerten u. **C 2228** a. d. E.

Mädchen

für kl. ruh. Haushalt evtl. für ½ Tage z. 1. Februar gesucht. Dreikönigenstr. 6 p.

Kräftig. Mädchen

von 16 Jahren, am liebsten vom Lande, für kl. Haush. sofort ges. Mittelstr. 11.

Braves junges **Mädchen** in kinderlos. Haushalt für ganz oder welches zu Hause schlafen kann gesucht. Wo, sagt die Expedition.

Ordentlich. **Mädchen,** in Küche und Hausarbeit erf., für kl. Haushalt (3 Pers.) gesucht.

Kaiser-Friedrichstr. 118.

Fleißiges, prop. **Küchenmädchen,** was auch Hausarbeit übernimmt, bei gut. Lohn und guter Verpflegung zum 1. oder 15. Febr. gesucht. Zweitmädch. vorh.

Frau C. W. Jötten,
Neuß, Kanalstr. 13.

Köchin

gesucht. Kantine
Gewerkschaft Neurath.

Fräulein od. bess. Mädchen, welch. auch Nähen k., zu 2 Kind. ges. Wo, s. d. E.

Näherin sucht Kunden in und außer dem Hause. Wo, sagt die Expedition.

Suche Kunden im **Nähen** und **Flicken. Frau Rüßmann,** Münsterplatz 17 III.

— **Amme** —
sucht Stelle.

Obererft 53.

Geschäftswagenpferd

gegen ein leichteres zu vertauschen.

Norf, Bahnstr. 15.

Habe ständig große Auswahl in

Acker- und Wagenpferden

sowie

tragende Stuten

billig zum Verkauf stehen.

Schlippert, Düsseldorf,
Kölnerstr. 133, direkt am Bahnhof, Telefon 15 409.

Schwere belg. **Zuchtstute,** 2½jährig, zu verkauf. oder gegen eine leichtere zu vertauschen.

Schiefbahn, Unterbroich 45.

Ein prima zugfester
— **Arbeitsochse** —
zu verkaufen.

Frimmersdorf 179.

6 junge Legehühner

sofort zu kaufen gesucht. Angebote u. Chiffre D 2229 an die Exp. dieser Zeitung.

Futterrüben

hat waggon- und fuhrenweise billig abzugeben

Wilh. Broich, Gierath,
Tel. 243 Amt Grevenbroich

Zirka 30 Zentner
Roggenstroh

Flegel- oder Breitdrusch, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an

Neußer Dampfziegelei,
G. m. b. H.,
Hammerlandstraße.

Geflügel.

Kaufe jed. Posten **Zucht- u. Schlachtgeflügel** zu den höchsten Preisen.

Jos. Busch, Kaarst,
Wild- u. Geflügelhandl.,
Fernspr. 52, Amt Osterath.

Möbel,

gut u. billig, auch an Private. Mechan. Möbelschreinerei **H. Mertens,** Dormagen.

Bei Bedarf in

Tapeten

überzeuge man sich davon, daß man am vorteilhaftesten im

Tapetenlager

Fr. Carl Ousorf,
Königstr. 35, Eing. Salzstr.
einkauft.

Ausgekämmtes und abgeschnittenes **Frauenhaar** wird zu höchsten Preisen angekauft. **Geschw. Bürvenich, Neuß, Büchel 11. Grevenbroich, Kölnstr. 11.**

Registrierkasse

mit Scheckausgabe, zu verkaufen.

W. H. Kiel, Neurath.



Zwei sind's:

nämlich der Gehalt an Salmiak und Terpentin, durch welche

Dr. Gentner's
Salmiak-Terpentin-Seifenpulver

Goldperle

andern Seifenpulvern an Waschkraft überlegen ist und dabei die Wäsche nicht angreift.

Zum Spülen nehme man schäumende Rotstern Bleichsoda.

Sie dürfen nicht eher kaufen bevor Sie **unsere Preise** in **Büro-Möbel** jeder Art haben, verlangen Sie diese, um zu **prüfen**

Büromöbel-Fabrik F. Mühle, Neuss
Hammtorstr. 9—11. Fernruf 967.

!Kaffee!

frisch gebrannt, hat sehr **preiswert** abzugeben

Großhdl. Jos. Müller,
Hemmerden, Rhl., Landstraße 38.
Düsseldorf, Klosterstr. 150.

Saatkartoffeln

gelbfleischige Industrie, hat zentnerweise abzugeben

Heinrich Tives & Co.,
Neuß, Salzstr. 19.
Telefon 104.

Gelegenheit.

Ein Posten prima **Knaben-Anzüge** und **Knaben-Ueberzieher,** staunend billig.

Pfandgeschäft Schröder,
Friedhof 26 — Krämerstraße 9.

Kauft deutsche Erzeugnisse!

Schmierseife	Pfd.	7.50 M.
Rein-Soda		1.20 „
Kern-Seife	ca. 300 Gr.	7.— „
Fein-Seife	100 „	3.75 „

Aufnehmer, Bürsten in großer Auswahl.

Rhein. Seifenhaus, Dreikönigenstr. 8.

12% Pilsner

aus der Gambrinusbrauerei in Pilsen

im Anstich.

Hotel-Rest. „Im Römer",
Oberstrasse 126.

Ia. 95%igen Düngekalk

liefere **waggon-, fuhren- und zentnerweise** zu **billigen Preisen.** Bestellungen, auch für Fuhren, werden frühzeitig erbeten. Größere Mengen sind ständig vorrätig.

Albert Gustorf,
Baumaterialien, Baugeräte, Eisenwaren,
Neuß. Telefon 103.

Kleider-Verkauf.

Für die Minderbemittelten sind vorrätig: 1) halbwollene und kunstwollene Strümpfe; 2) zwei schöne Ueberzieher; 3) ein vollständiger Anzug; 4) Futterstoff. Die Ausgabe erfolgt, soweit Vorrat reicht, am Donnerstag, den 20. dieses Monats, vormittags von 8½—12 Uhr auf dem Bürgermeisteramt.

Büttgen, den 18. Januar 1921.

Der Bürgermeister: **Grootens.**

2000 Mark Belohnung.

Am Sonntag, den 16. 1. 21, zwischen 8 und 10 Uhr abends, wurden aus meiner Wohnung Kanalstr. 61 I folgende Gegenstände gestohlen:

1 Brillant-Ring, oval, 3 Steine, 1 Karat, Platinfassung, 1 g. Herrenuhr, 14 Karat, Nr. 2260/5 oder 2269/5, glatt, 1 g. Herrenuhrkette, Panzer, 14 Karat, 45 Gramm, 1 g. D.-Kette, 14 Karat, 33 Gramm, 1 Schlangenring mit 2 Smaragden, 1 Ring mit Stein, 1 Trauring, ½ Dutz. Teelöffel, 800/1000 gest., und 7200 Mark Bargeld, davon 5000 Mark Banknoten, welche am 31. 1. 21 fällig sind.

Für Rückerstattung der Gegenstände obige Belohnung. Nachrichten, die zur Ermittlung der Diebe führen, erbeten an **Theo Rießen,** Kanalstraße 61 I. Tel. 577, oder Kriminalbüro. Geheimhaltung des Namens wird zugesichert.

2000 Mark Belohnung.

Für Ermittlung der Diebe, die von Sonntag auf Montag in meiner Wohnung eingebrochen, aber verscheucht worden sind unter Zurücklassung der Beute, außer zwei Herrenüberziehern und einem grünen Anzug, obige Belohnung. Geheimhaltung des Namens sichere ich zu.

Heinrich Vogt,
Sattlerei, Hafenstraße 30.

Gesellschaft Erholung.

Samstag, den 22. 1. 21, abends 8 Uhr:

Hauptversammlung.

Tages-Ordnung:
1) Ballotage.
2) Zweite Abstimmung über Aenderung des § 9 der Satzungen (Verlegung des Geschäftsjahrschlusses von Ende Februar auf Ende Dezember).
3) Wahl der Revisoren.

Der Vorstand.

Strickwolle

Ia. bekannte Ware, in grau und schwarz, 1 Strang 10 Lot 15,00, 16,50, 17,50 und 21,00 Mark.

Auf Strümpfe, Socken, Sweater, Jacken, Schürzen und Wäsche vergüte **10 Prozent Rabatt.**

Ad. Broichhausen,
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren,
Hindenburgplatz.

An- und Verkauf

von gebrauchten Möbeln all. Art, wie Herde, Schuhe, Kleider usw.

Lemm, Zollstr. 26.
Karte genügt!

Ziehung 29. Jan. 1921.

Große Kölner Lotterie

zum Bau der Lehr- u. Erholungsheims zu Stromberg.

110000
50000
30000
20000
10000

Lose zu 2.50 M

Porto und Liste 30 Pfg.

Eine feine Banknotentasche mit 5 Losen 12 M.
10 „ 24 „

verschiedene Tausend Porto und Liste 1 M. mehr empfiehlt und versendet

Amtenbrink

Bankhaus • Köln a. Rh.
Lose erhält t. s. Lotterlegesch.

Osram-Glühbirnen

10—50 Kerzen, 220 Volt, 13,55 Mk. pro Stück. Bei größeren Posten billiger.

Jos. Dohmen,
— Düsseldorf, —
Alexanderplatz 11—12.
Fernsprecher 14469.

Hämorrhoiden

heilbar ohne Berufsstörung durch „Petmuhr" Hämorrhoidensalbe u. Zäpfchen, ges. gesch. Nr. 169 640, unfehlbar wirkend, selbst bei ältesten und hartnäckigsten Fällen.

Tausende Dankschreiben.

Preis à Mk. 12,—.

Zu beziehen durch d. **Adler-Apotheke, Neuß.** Alleiniger Hersteller **Petmuhr-Vertrieb Hch. Muhr, M.-Gladbach.**

— **Holländer** —
billig zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Gebr. 1½schläf. **Bettstelle** mit Matratze zu verkaufen. Furtherstr. 189.

Möbel.

Eiserne 1½schl. Bettst. mit Drahtmatr. 220 M., eich. Tisch m. Weidenplatte 200 Mark. Bergheimerstr. 131 I

Leder-Clubsessel

und Teppich — beides tadellos erhalten — zu kauf. gesucht. Offerten u. **R 588** an diese Zeitung erbeten.

Mandoline (neu) zu verkaufen.

Grimlinghausen,
Rheinuferstr. 8.

Fast neue **Mandoline** für 150 Mark zu verkaufen.

Gladbacherstr. 313.

Elegante, große, weiße Flurgarderobe zu verkaufen.

Mittelstr. 10 II.

Mittwoch, 19. Januar 1921

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

48. Jahrgang — Nummer 14

Politische Rundschau.

Schlecht und ungemütlich wie das Wetter im neuen Jahre gestaltet sich auch die Politik. Diejenigen, welche davor warnten, die Hoffnungen auf die Brüsseler Konferenz trotz aller schönen Worte nicht zu hoch zu spannen, haben voll und ganz Recht behalten. Die Leute, welche nun einmal keinen Ausgleich wollen, denen es im Kampfe nur zu wohl ist, haben in der großen Politik immer noch einen viel zu großen Einfluß und setzen ihn rücksichtslos durch, wenn auch darüber die Weltwirtschaft in Scherben geht. Nun hat man die Fortsetzung der Brüsseler Verhandlungen, der praktischen Arbeit, abermals bis zum Ende des Monats vertagt und wer weiß, wie lang noch die Bank wird, auf der man immer weiter verschiebt. Am liebsten möchte man in Paris heute wieder eine solche Verständigungsaktion ganz ausschalten und einfach diktieren. Der Fragebogen, den man Deutschland über den Stand seiner wirtschaftlichen Verhältnisse vorgelegt hat, sieht ganz danach aus, als ob man uns wie eine Zitrone auspressen wolle. Auf den hohen Rat von Paris vermögen wir nur wenig Hoffnungen zu setzen, da England wirklich in weiterem Maße das nicht hält, was man ab und zu von ihm zu hoffen wagt. Wenn man auch der italienische Ministerpräsident Giolitti bei diesen Verhandlungen fehlt, der schon ein gutes Wort für uns sprach, so werden dadurch die Aussichten wahrlich nicht besser. Die Amerikaner, die bisher wenigstens ihren Vertreter zum Zuhören in den obersten Rat schickten, haben auch das aufgegeben, weil sie die geschlossenen Verträge grundsätzlich nicht anerkennen. Damit ist für uns nichts gebessert, je mehr man unter sich ist, um so ungenierter kann man mit uns verfahren. Es ist auch keine besondere Liebe Amerikas zu uns oder zur Gerechtigkeit, welche hier die Richtlinien diktiert. Es geschieht im eigenen Interesse der Vereinigten Staaten, welche sich für ihre Weltmachtpolitik einfach die Hände nicht binden lassen wollen. Man spricht in der Welt so viel von Entwaffnung und während man das auf Deutschland bis zur völligen Wehrlosigkeit anwendet, rüstet man selbst mit aller Macht. So wird Amerika in wenig Jahren die weitaus größte Flotte auf den Meeren haben. In dem Augenblick wird es selbstredend seinen alten Grundsatz aufrechthalten, daß sich niemand um die Dinge in Amerika zu kümmern habe, ob man aber daraus auch folgern wird, daß man sich nun auch nicht in die Affären anderer hineinmischen solle — das ist etwas anderes!

Die Politik unserer Tage ist das Widerspruchsvollste, was man sich denken kann. Bei ihr kann man durchweg sagen, die Worte sind dazu da, um die Gedanken zu verbergen. Nimmt man das Gegenteil des Gesagten an, so trifft man zumeist die Wahrheit. An dieser inneren Unwahrhaftigkeit, bei der nur der pure Egoismus regiert und bei der kein Gemeinsinn geschweige denn Völkerliebe aufkommen kann, krankt die Welt und verzehrt sich selbst. Alle Völkerbundsreden nützen nichts, wenn dabei der Stachel der Lüge im Herzen sitzt. Es muß ehrliches Christentum, ein aufrichtiges Wollen in unsere große Politik hineinkommen, sonst kann die Welt nicht gesunden. Der Papst in Rom ist wiederholt als großer Mahner in diesem Sinne aufgetreten, man hat nicht auf ihn gehört und ihm im Rate der Völker schnöde die Tür gewiesen. Wenn die Welt nicht hören will, so wird sie erst durch weiteres Elend zur Erkenntnis gebracht werden müssen; das ist sehr traurig, wird aber ganz gewiß Wahrheit werden, wenn nicht bald die Umkehr von diesen Wegen erfolgt.

Ziemlich unerwartet ist das französische Ministerium Leygues in der Mitte der letzten Woche gestürzt worden. Gewiß hatte es schon vor den eben getätigten Senatswahlen einige Stürme zu bestehen, aber nachdem diese weder einen Ruck nach rechts noch nach links gebracht, hätte man ihm doch eine längere Lebensdauer zugetraut. Frankreich ist aber nun einmal das Land der Ueberraschungen seit jeher, beherrscht von Launen und plötzlich aufflammender Leidenschaft. Die Rede des neuen Kammerpräsidenten Peret war ein Husarenritt gegen das bestehende Ministerium, das überraschenden Erfolg hatte: 463 Stimmen erklärten sich gegen und nur 125 für die Regierung. Und weshalb? Im wesentlichen, weil die leitenden Männer nicht genug Stärke in Erfüllung des Friedensvertrages gezeigt hätten. Von einem Wohlwollen uns Deutschen gegenüber hat man bei uns nichts gespürt, ganz im Gegenteil, die letzten Noten von Paris atmeten durchaus bittern, unseren Verhältnissen hohnsprechenden Geist. Und doch, das Alles genügt den Nachaposteln noch nicht und sie finden unter den Vertretern des Volkes eine so weitgehende Mehrheit. Im Deutschland muß man diese Dinge wohl ins Auge fassen und sich darauf einrichten, denn es geht sich um unsere Haut, um unsere Existenz. Wir stehen einer Stimmung gegenüber, die uns den Atem benimmt. Angesichts solcher Erscheinungen wäre es das allernatürlichste Gebot, daß auch in Deutschland sich die Parteien einig fänden in einem starken Willen das Wohl des Landes mit aller Macht in geschlossener Front zu verteidigen.

Auch England wird von dieser französischen Stimmung wesentlich berührt, denn auch gegen seine Ausgleichspolitik richtet sich diese Kammerabstimmung. Die Differenzen, die nun einmal zwischen den beiden Hauptträgern der Entente bestehen, werden durch diese Dinge nur verschärft und es kann auf der Botschafterkonferenz zu bösen Zusammenstößen kommen. Einstweilen wird man sich wohl wieder mit Vertagungen behelfen, aber das kann auch nicht so weitergehen, denn die Lösung der wirtschaftlichen Weltfragen ist so dringend, daß sie ohne die schwersten Schädigungen nach allen Seiten nicht weiter verschleppt werden dürfen. Haß und Egoismus drücken so der Welt den Stempel des Unglücks auf.

Der Aufmarsch der Parteien zu den preußischen Landtagswahlen ist nunmehr vollendet, wenn man auch nicht von einer sich in großen Sensationen auslebenden Wahlbewegung sprechen kann. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben auf ihren abgehaltenen Parteitagen ein straffes Preußenprogramm aufgestellt mit allen Schikanen, die namentlich dem Westen schon früher unerträglich schienen. Eine Freiheit der Provinzen oder Stammesländer in einem großen einigen Deutschland ist dabei nicht möglich. Durch die Betonung des besonderen preußischen Standpunktes wirkt man aber auch nach den süddeutschen Bundesstaaten hin stark verstimmend und das ist in unseren Tagen an sich schon vom Uebel. Die Zentrumspartei ist in den Kampf mit geschlossener Einigkeit aller Stände eingetreten und hat auch ihre Kandidatenfrage in glücklicher Weise gelöst. Man hat im Lande verstanden, daß es sich um die hohen Kulturgüter, um Schule und Jugend handelt und da darf niemand verstimmt sein, darf niemand fehlen!

(Gr.

Richtlinien für die Provinzial-, Landtags- und Kreistagswahlen.

Die Provinziallandtagswahlen, die möglicherweise am 20. Februar mit den Preußenwahlen getätigt werden, erfordern die erhöhte Aufmerksamkeit der Wählerschaft. Zum ersten Male werden sie unmittelbar aus dem Volke gewählt. Hand in Hand mit dieser formellen Erweiterung wird sachlich die Zuständigkeit der Provinzialvertretungen auf wichtige Gebiete ausgedehnt werden. Namentlich für das kulturelle Gebiet, auf dem wir Christen ungeheuer wichtige Posttionen gegen den Anggriff der Gegner zu verteidigen haben, steht das zu erwarten. Aehnlich liegt die Sache mit den Kreistagswahlen. Nachfolgend die vom Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei ausgegebenen Richtlinien, deren Studium wir jedem Parteifreund angelegentlichst empfehlen.

1. Provinziallandtagswahl.

1. Der Provinziallandtag wird nicht mehr von den Stadtverordnetenkollegien bezw. Kreistagen, sondern in allgemeiner usw. Wahl gewählt. Wahlberechtigt ist — von den Ausnahmen abgesehen — jeder der am Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet hat, in der Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen ist und in der Provinz seinen Wohnsitz hat. Es kann also bei gleichzeitiger Landtags- und Provinziallandtagswahl nicht jeder, der zum Landtag wahlberechtigt ist, auch zum Provinziallandtag wählen.

Die Wählerlisten müssen daher sorgfältig angesehen werden und die Beisitzer scharf aufpassen. Die Wählerlisten müssen mindestens vier Wochen vor dem Wahltage wenigstens acht Tage lang aufliegen (Einsprüche bei der Gemeindebehörde.)

Wahlscheine werden für die Provinzialwahl nicht ausgestellt; man kann also nur an dem Ort wählen, wo man im Wahlverzeichnis steht.

2. Wahlvorschläge werden in den einzelnen Wahlkreisen, d. h. in jedem Stadt- und Landkreis (sofern nicht zu einem Wahlkreise vereinigt) aufgestellt. Die Wahlvorschläge einer Partei müssen innerhalb des Regierungsbezirks mit einem gemeinsamen Kennwort (Zentrum) versehen sein. Listenverbindung ist nicht zulässig. Die Wahlvorschläge brauchen nur 15 Unterschriften von in dem betreffenden Wahlkreise wahlberechtigten Personen zu haben; im übrigen finden die betreffenden Bestimmungen des Landtagswahlgesetzes sinngemäße Anwendung. U. a. sind die Wahlvorschläge spätestens am 21. Tage vor der Wahl beim Wahlkommissar, der vom Provinzialausschuß ernannt wird, einzureichen.

3. Die Zahl der Provinziallandtagsabgeordneten, die auf den einzelnen Stadt- oder Landkreis entfällt, ist nicht wie bisher von vornherein bestimmt, sondern hängt davon ab, wieviel Stimmen für einen Wahlvorschlag in dem betr. Kreise abgegeben werden. Je größer die für eine Partei abgegebene Stimmenzahl, desto mehr Aussicht hat sie, einen oder mehrere Kandidaten durchzubringen. Bei schwacher Wahlbeteiligung kann es vorkommen, daß ein Kreis überhaupt keinen Abgeordneten zum Provinziallandtag erhält.

Zersplitterung einer Partei durch Aufstellung von Sonderlisten ist besonders schädlich, weil dadurch die Gefahr entsteht, daß die auf die verschiedenen Listen entfallenden Stimmenzahlen so klein werden, daß keiner ein Sitz zufällt.

4. Auf die Wahlvorschlagslisten der Zentrumspartei für die Provinziallandtagswahlen dürfen nur solche Personen gesetzt werden, welche überzeugungstreue Anhänger der Partei sind und sich verpflichten, der Zentrumsfraktion im Provinziallandtag beizutreten.

5. Die Kandidatenaufstellung ist Sache der Kreisorganisationen (in Stadtkreisen: Ortsorganisationen) der Zentrumspartei. Es ist dringend zu wünschen, daß diese im Einvernehmen mit den Fraktionen der Stadtverordnetenkollegien bezw. Kreistage, in deren Hand die Kandidatenaufstellung bisher lag, vorgehen.

Aufstellung einer gemeinsamen Liste mit einer anderen Partei (gemischte Liste) ist auch in Kreisen, wo die Zentrumspartei zu schwach ist, um ein Mandat erlangen zu können, nicht am Platze; die im Kreise abgegebenen Zentrumsstimmen werden nämlich der Gesamtstimmenzahl des Zentrums im Regierungsbezirk zugerechnet und kommen im Gesamtergebnis zur Geltung, gehen also der Partei auf keinen Fall verloren.

6. Bei der Kandidatenauswahl ist auf die Heranziehung der verschiedenen Stände gebührend Bedacht zu nehmen; jedoch darf der Ständegesichtspunkt nicht in übertriebener Weise in den Vordergrund geschoben werden, zumal im Provinziallandtag die eigentlichen Ständefragen von geringer Bedeutung sind.

Nicht Standesvertreter als solche sollen gewählt werden, sondern von echtem Zentrumsgeiste beseelte, für das Amt eines Provinziallandtagsabgeordneten besonders geeignete und befähigte Personen. (Man denke an die Lösung der Frage der Provinzialautonomie, an die Wahl des Staatsrates, dessen Mitglieder zum Teil auch aus den Provinziallandtagsabgeordneten hervorgehen sollen!)

Kirchturmspolitik darf bei dieser Wahl weder in bezug auf den Ort oder Kreis noch in bezug auf den einzelnen Stand getrieben werden.

7. Da die Zahl der zu wählenden Provinziallandtagsabgeordneten vom Provinzialausschuß für die Regierungsbezirke festgesetzt und auch das Wahlergebnis regierungsbezirksweise ermittelt wird, ist vor der endgültigen Aufstellung der Wählerliste eine Verständigung zwischen den Parteivorständen kirchlicher Stadt- und Landkreise eines Regierungsbezirks zweckmäßig und dringend anzuraten, damit nach einheitlichem Plane und unter Berücksichtigung aller vorgenannter Gesichtspunkte verfahren wird.

2. Kreistagswahl.

1. Die Kreistagsmitglieder wurden nach der Verordnung vom 18. Februar 1919 zum Teil durch die Gemeindevertretungen (Bürgermeisterei-, Amtsversammlungen), zum Teil in allgemeiner usw. Wahl gewählt; künftig findet nur allgemeine, gleiche unmittelbare und geheime Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt.

Bezüglich Wahlberechtigung, Auslegung der Wählerlisten usw. gilt dasselbe wie bei der Provinziallandtagswahl, mit dem Unterschiede, daß wahlberechtigt nur ist, wer im Kreise seinen Wohnsitz hat. Es gilt daher auch hier, besonders bei gleichzeitiger Landtags-, Provinziallandtags- und Kreistagswahl auf diesen Unterschied genau zu achten. Wahlscheine werden auch hier nicht ausgegeben.

2. Der Kreis gliedert sich zwar in Stimmbezirke (die Gemeinden, kleinere zu einem Stimmbezirk vereinigt, größere in mehrere zerlegt); die Wahlvorschläge sind jedoch für den ganzen Kreis gemeinsam aufzustellen, d. h. die Zentrumspartei stellt eine Vorschlagsliste auf. Listenverbindung ist nicht zulässig.

Die Wahlvorschläge müssen von zehn im Kreise wahlberechtigten Personen unterzeichnet sein; im übrigen finden auch hier die betr. Bestimmungen des Landtagswahlgesetzes sinngemäße Anwendung.

3. Die Zahl der zu wählenden Kreistagsmitglieder wird nach den gesetzlichen Bestimmungen vom Kreisausschuß festgesetzt. Absplitterungen und Aufstellungen von Sonderlisten haben dieselben Folgen wie bei der Provinzialwahl.

4. Für die Kandidatenaufstellung gilt im allgemeinen sinngemäß dasselbe, wie für die Provinziallandtagskandidaten (Zentrumstreue, Verpflichtung zum Anschluß an die Kreistagsfraktion des Zentrums, Berücksichtigung der Stände, aber nicht ausschließlich Kandidatenaufstellung nach Standesinteressen). Die Aufstellung der Vorschlagsliste ist Sache der Kreisorganisation der Zentrumspartei, die aus denselben Gründen, die schon oben angeführt wurden, mit den Gemeinderatsfraktion, eventl. der Kommunalpolitischen Vereinigung des Kreises Fühlung nehmen muß.

(Der Wortlaut des Gesetzes betr. die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen vom 3. Dezember 1920 befindet sich in Nr. 1 der Kommunalpolitischen Blätter, zu beziehen gegen Einsendung von 50 Pfg. von der Geschäftsstelle Köln, Ursulagartenstr. 19.)

Der Reichsetat des Innern.

Berlin, 17. Jan. In der Samstagssitzung, die sich bis in die späte Abendstunde hinzog, erledigte der Hauptausschuß des Reichstages zunächst nach längerer Debatte den Etat des Reichsgesundheitsamtes.

Berlin, 17. Jan. Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung über den Etat des Reichsministeriums des Innern fort. Er genehmigte die Etatspositionen der Physikalisch-technischen Reichsanstalt.

Es werden zwei Entschließungen vorgelegt, eine des Zentrums, die darauf abzielt, daß bei Bemessung der in den Haushaltsplan 1921 für die Landesvermessung einzustellenden Mittel die erheblichen wirtschaftlichen Interessen nicht geschädigt werden, dann eine Entschließung der Sozialdemokraten, die fordert, den Kartendruck der Landesvermessung vorläufig nicht einzuschränken und dem nächsten Haushaltsplan eine Denkschrift über den Kartendruck der Landesvermessung beizufügen. Das Kapitel wird bewilligt und der Hauptausschuß wendet sich der Besprechung der Technischen Nothilfe zu.

Abg. Simons (U. S. P.(teilt mit, daß die Technische Nothilfe von den Arbeitern allgemein als Streikbrecherorganisation bezeichnet werde. Den Schutz der lebenswichtigen Betriebe würden nach Ansicht der Gewerkschaften die Arbeiter selbst übernehmen.

Reichsminister Koch widerspricht dem Vorwurf, daß die Technische Nothilfe eine Streikbrecherorganisation sei. Sie habe dazu gedient, Menschenleben zu retten und Deutschland vor dem Zusammenbruch zu bewahren.

Abg. Dr. Fleischer (Zentr.) hält die Technische Nothilfe für eine Notwendigkeit, solange sich der Staat in der Zwangslage der Notwehr gegen gewaltsamen Umsturz befinde. Eine Organisation, die dieser Aufgabe diene, könne nicht des Streikbruchs bezeichnet werden. Die in der Technischen Nothilfe tätigen Arbeiter müßten wirksamer als bisher gegen Terror geschützt werden. An der Leitung der Technischen Nothilfe seien Arbeiter aller gewerkschaftlichen Richtungen zu beteiligen.

Alsdann genehmigte der Hauptausschuß die Ausgaben für die Technische Nothilfe mit 25 Mill. Mark für Beschaffung von Ausrüstungsgegenstän-

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

60) (Fortsetzung.)

„Gebeugt?“ wiederholte Lornsen, sich aufrichtend. „Sie irren, Herr Staatsrat. Ich habe weder den Glauben an die Zukunft meines Volkes, noch an die aller Unterdrückten verloren.“

„Recht!“ rief der Baron lächelnd, „glauben Sie daran, ich tue es auch, aber seien Sie unglaubig für die Gegenwart. Sehen Sie,“ fuhr er fort, „da ist ein Zeitungsblatt aus Kopenhagen, ich will Sie damit beruhigen. Björning ist von zäherem Stoff, wie Sie, aber er hat auch andere Aussichten. Er ist ebenfalls verurteilt worden, hat sechs Monate im Gefängnisse gelebt, hat fünfhundert Taler Strafe gezahlt, ist unter Zensur gestellt auf zehn Jahre; trotz dessen ist er voller Mut und Zuversicht. Die dänischen Verfassungsfreunde haben das Geld für ihn zusammengebracht; wie er aus dem Gefängnis kam, wurde ihm ein Gastmahl gegeben, reiche Kaufleute und Privatmänner sorgten sogleich für ein Jahresgehalt. Was er jetzt schreibt, wird von Freunden unterzeichnet, die sich zu der Ehre drängen, ihre Namen für ihn einzusetzen. Die Regierung hat somit geglaubt, ihn nicht von seiner Professur entfernen zu dürfen; ich selbst habe dagegen gestimmt.“

„Sie haben dagegen gestimmt.“

„Ebensogut wie ich dafür gestimmt habe, Sie jedenfalls abzusetzen,“ sagte Hammersteen ruhig. „Björning hat Stützen im Volke, er hat mächtige und reiche Freunde, er versteht zu rechnen, läßt sich behandeln und was er schreibt und will, ist nicht feindlich gegen Dänemark, sondern nur feindlich gegen ein herrschendes System. Sie, Lornsen, haben gar nichts und doch sind Sie gefährlicher. Sie sind ein deutscher Patriot, der für ein freies und einiges Deutschland wärmt. Wir haben Ihnen jetzt gezeigt, auf welche Stützen Sie rechnen können. Ihre eigenen Landsleute haben Sie auf die Schlachtbank geliefert, Ihre eigenen Richter haben Sie gerichtet. Das Hohngelächter der reichsten und einflußreichsten Männer hat Sie in den Kerker begleitet, Ihre Verurteilung hat Freude hervorgerufen, und wer sich nicht freute, der ist wenigstens stumpfsinnig und gleichgültig geblieben und hat heimlich Gott gedankt, daß er sein eignes Fell retten konte. Sehen Sie, das ist das Volk, für welches Sie sich geopfert haben. Nicht einmal die Zeitungen haben gewagt, eine kräftige Lanze für Sie einzulegen. Ihre bittersten Gegner in Kopenhagen haben es getan. So sehr alle Dänen es verdammen müssen, was Sie beabsichtigen, so haben Björning und Genossen doch ihren Mut, ihre Talente und ihre Hingebung für ein undankbares Volk gepriesen und beklagt. Sie haben es himmelschreiend genannt, daß ein Obergericht sich durch Ihre Verurteilung so schamlos an den Pranger stellte, und haben für Ihre Sache sich selbst Verfolgungen ausgesetzt, weil die Regierung nicht dulden konnte, daß man die deutschen Provinzen, die Obergerichte, den Adel und die gesamte Bevölkerung so unbarmherzig mit Spott und Verachtung brandmarkte.“

„Und was, Herr Staatsrat,“ sagte Lornsen bewegt, „was soll ich daraus lernen?“

„Künftig klüger sein, mein Freund, wahrhaftig, das ist das Ganze!“ erwiderte der Baron. „Wollen Sie meinen guten Rat hören?“

Als Lornsen schwieg, fuhr er bedächtig fort: „Wenn Sie ein Jahr hier im Gefängnis zubringen sollen, sind Sie ein verlorener Mann. So weit muß Ihr Einsehen reichen, daß Sie dann nichts mehr zu hoffen haben. Im vorigen Jahre, als die Bewegungen losbrachen, ließ sich einiges erwarten und durchsetzen. Die Völker,“ sprach er mit seinem spöttischen Lächeln, „ließen sich jedoch bewegen, daran zu glauben, daß die Zeit zur wohltätigen besonnenen Erfüllung früherer Verheißungen erst kommen könne, wenn die Ruhe völlig wieder hergestellt sei. Die Ruhe ist nun hergestellt und das Wohltätige wird erfolgen.“

„Eine fürchterliche Lehre für alle Völker!“ sprach Lornsen.

„Sehe jeder, wo er bleibe!“ fiel Hammersteen ein. „Ich habe Ihnen diesen weisen Spruch beim Anfange unserer Bekanntschaft gesagt, und ich wiederhole ihn jetzt, wo wir vielleicht uns zum letztenmale sehen.“

„Es wäre kläglich,“ rief er, indem er in Lornsens fieberhaft gerötetes Gesicht blickte, „aber es würde so sein. Sie gehen unter, mein Freund, wenn Sie auch jetzt nicht zur Besinnung kommen können. Zwanzig Jahre, ein ganzes Menschenalter, mögen leicht darüber verfließen, ehe in diesem stagnierenden Sumpf eine neue Bewegung hoch kommt. Und was wird es dann sein? Was ist von diesem deutschen Volke zu hoffen? Nach einem Jahre, wenn Ihr Kerker sich öffnet, sind Sie vergessen. Gram, Zorn, der Kummer über ein verfehltes Streben, der Ekel über die Gemeinheit, die Sie umkriecht und zu Boden zieht, werden an Ihrem Leben nagen und dies vorzeitig enden. Wohin wollen Sie? Jede öffentliche, ehrende Stellung ist Ihnen abgeschnitten. Wollen Sie sich in den Winkel von Sylt verbergen, dort ein Bauer werden, auf der Warft sitzen, Ihr Feld bauen und ein Weib nehmen? Unmöglich! Ihre unruhige, ehrgeizige Gemütsart und alle Ihre Erinnerungen lassen dies nicht zu. Sie würden vergehen in dem tötenden Bewußtsein Ihrer Verarmung und allem, was der höher stehende Mensch bedarf. So bleibt Ihnen nichts, als mit einem Sprunge diesem Elend zu entgehen.“

Er schwieg; Lornsen schien von dieser Schilderung betroffen und ergriffen. Es war, als empfände er die Wahrheit und kämpfe vergebens gegen ein Zugeständnis.

„Lieber Freund,“ begann der Staatsrat von neuem, „mögen unsere Jugendträume rosig sein, der gereifte Mann muß einsehen, daß die Welt betrogen sein will. Richten Sie den Kopf auf, Lornsen. Das Leben ist kurz; man muß es sich angenehm und schön machen. Es gibt keine andere vernünftige Philosophie, als diese Lehre.“

„Und wenn die Völker einst diese Lehre recht begreifen werden?“ rief Lornsen mit Bitterkeit. „Wenn sie nicht mehr auf das Jenseits hoffen, sondern hier ihren Anteil am Glück fordern?“

„Ach bah!“ erwiderte Hammersteen, „meinen Sie, daß das jemals geschehen wird? Die Menschheit wird ewig glauben und ewig hoffen, denn sie wird ewig unmündig bleiben und Advokaten nötig haben. Wir, die Eingeweihten, sind darüber hinaus. Wir glauben an uns selbst und — schonen die Vorurteile, geben jedem das goldene Kalb, zu dem er beten kann. So sind wir frei, so allein wird man frei, mein Freund, und verachtet die Dummköpfe und die Narren.“

Der alte Staatsmann lächelte höhnisch, und seine grauen kalten Augen bohrten sich bedeutungsvoll in Lornsens krankes Gesicht.

„Fassen Sie sich nun sagen,“ fuhr er dann fort, „daß der König in spätestens vierzehn Tagen hier sein wird. Vernichten kann er das Urteil des Obergerichts nicht, aber er kann es unschädlich machen. Setzen Sie sich hin, schreiben Sie an den König, entschuldigen Sie Ihre Uebereilungen mit dem Eindruck der welterschütternden Begebenheiten und bitten Sie um Gnade.“

Bei diesen Worten färbte sich Lornsens Gesicht dunkelrot; die Adern an seiner Stirn schwollen auf, er zitterte vor Bewegung.

„Der König ist noch immer gütig gegen Sie gesinnt,“ fuhr der Staatsrat ruhig fort, als bemerke er den Sturm gar nicht, den er erregt hatte. „Zeigen Sie ihm Reue, sagen Sie ihm, daß Sie Ihre Irrtümer eingesehen, daß Sie bestrebt sein würden, dies zu beweisen.“

„Ich — ist,“ murmelte Lornsen mit erstickter Stimme.

(Fortsetzung folgt.)

Am 20. Februar

wird gewählt:

1. zum Landtag,
2. zum Provinziallandtag,
3. zum Kreistag (in den Landbezirken).

Wahlberechtigt ist jede Person über 20 Jahre, die in die Wählerliste eingetragen ist.

Gewählt wird Zentrum!

den und mit 15 Mill. Mark zur Durchführung der Nothilfe.

Nunmehr fragt Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) nach der Entwicklung der Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche. Nachdem Präsident Bumm ausführliche Auskunft erteilt hat, genehmigte der Ausschuß zu diesem Zwecke 500 000 Mark.

Ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums wird nun vorgelegt, wonach die Reichsregierung um baldige Errichtung eines Denkmals in Berlin für die auf ostpreußischem Boden im Kampfe gefallenen Deutschen ersucht wird, und zwar, um die während des Weltkrieges für die deutschen Schutzgebiete gefallenen Tapferen zu ehren, sodann auch, um vor der Welt zu bezeugen, daß das deutsche Volk fest entschlossen sei, auf eine koloniale Zukunft nicht zu verzichten. Der Hauptausschuß nimmt den Antrag an.

Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) bringt gemeinsam mit Stücklen (Soz.) eine Entschließung ein, mit der größten Beschleunigung einen Abbau des Reichswanderungsamtes herbeizuführen. Der Hauptausschuß erwartet, daß die bei dem Etat des Reichswanderungsamtes als künftig wegfallend bezeichneten Stellen bereits im Etat 1921 in Wegfall kommen, es sei denn, daß für einzelne Stellen zurzeit zwingende Hindernisse nachgewiesen werden. Abg. Dr. Pachnicke (Dem.) wünscht energische Fortführung der Arbeiten am Wahlgesetz.

Reichsminister Koch: Das Gesetz über den Volksentscheid dürfte in kurzer Zeit vorgelegt werden. Es befindet sich bereits im Reichsrat. Die Vorarbeiten für das Wahlrecht sind längst aufgenommen und gefördert. Es wird auch abzuwarten sein, welche Erfahrungen die Wahlen in Preußen bringen. Im übrigen habe der Minister schon im Juli die Parteien gebeten, ihm Gutachten darüber abzugeben, was sie von dem neuen Wahlrecht erwarten. Aber bis jetzt seien dem Minister trotz Mahnens erst von drei Parteien Gutachten eingereicht worden. Der Minister würde es sehr begrüßen, wenn er auf Grund der Gutachten der Parteien das Wahlrecht in seinen Einzelheiten gestalten könnte. Der Ausschuß genehmigte für die Durchführung der Reichstagswahl 36 Mill. Mark Kosten.

Für Aufwendungen des Reiches für die durch einen Aufruhr innerhalb des Reiches verursachten Schäden werden 400 Mill. Mark bewilligt, nachdem Reichsminister Koch erklärt hat, daß diese Ausgabe, wie man doch entschieden hoffen dürfte, vorübergehend sei. Ein Beamter, der die Angelegenheiten behandele, sei vorhanden, die Mehrarbeit würde durch Hilfskräfte geleistet werden, die wieder entlassen werden könnten, sobald die Tumultschäden erledigt seien. Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) regt an, für die Weiterbearbeitung der Monumenta Germaniae Historica die Schweiz, Luxemburg und Danzig um Beihilfen zu ersuchen.

Alsdann genehmigte der Hauptausschuß den Etat des Reichsministers des Innern und vertagte sich auf morgen.

Freigabe der Tabakeinfuhr.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates vernahm eine Anzahl von Sachverständigen, Arbeitgeber und -nehmer, den Reichsbevollmächtigten der Außenhandelsstelle und Mitglied des Vertrauensausschusses.

Die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft wurde als unmöglich bezeichnet, da sie vom illegitimen Handel tatsächlich längst durchbrochen ist und nur noch eine schwere Belastung und Belästigung für den legitimen Handel darstellt. Auch seien die Firmen, die beinahe ausschließlich Auslandstabake verarbeiten, im Nachteil gegenüber denen, die inländischen verarbeiten, der völlig frei ist. Die Arbeitnehmer wiesen besonders darauf hin, daß bei Fortbestehen dieser durchlöcherten Zwangswirtschaft Krisen ihrer Industrie unvermeidlich sein würden, die wieder viele tausend Arbeiter erwerbslos machen könnten.

Von der Regierung wie von verschiedenen Mitgliedern wurde dagegen geltend gemacht, daß die Freigabe der Einfuhr ihr Anschwellen zur Folge haben werde, wodurch nicht nur die Wirtschaft geschädigt werde, da Geld für nennenswerten Ausfuhrgegenwert eingeführte Ware nach dem Ausland abfließe und die Valutasenke, sondern auch ein schlechter Eindruck draußen erweckt werden könne, da Tabake doch reine Luxusware sei, während uns lebenswichtigere Dinge fehlen.

Die Mehrheit des Ausschusses war indessen der Ansicht, da das Bedürfnis der deutschen Raucher so oder so befriedigt werden würde. Eher sei bei freier Wirtschaft die Gewähr dafür gegeben, daß der legitime Handel den Hauptverkehr an sich ziehe und der Staat doch wenigstens Zoll und Steuer erhalte. Das Gutachten wurde also dahingehend abgegeben, daß die freie Einfuhr von Rohtabak zuzulassen und die Beseitigung der Verarbeiterkontingentierung und aller zwangswirtschaftlichen Organisationen der Tabakindustrie einschließlich der Außenhandelsstelle vorzunehmen ist.

Eine katholische Weltjugendliga?

Schon vor dem Kriege arbeiteten verschiedene Organisationen, um die katholische Jugend der ganzen Welt in einem losen Verband zu vereinigen. Infolge des Krieges wurde jedoch die Arbeit eingestellt und bis jetzt nicht wieder aufgenommen. Jetzt aber, wo sich auf der ganzen Welt Jünglinge und Mädchen um die roten Fahnen des Kommunismus sammeln und auf der letzten Sitzung der kommunistischen Jugendinternationale wichtige Beschlüsse gefaßt wurden, ist es höchste Zeit, daß auch die katholische Jugend aller Länder zur Besinnung kommt und sich ebenfalls zu einer machtvollen, weltumspannenden katholischen Weltjugendliga zusammenschließt.

Der Weltfriedenshund vom weißen Kreuz hat die katholische Weltjugendliga bereits im Jahre 1919 in Angriff genommen. Die endgültige Gründung fand auf dem sechsten internationalen katholischen Kongreß im Haag (Holland) statt.

Unter den Einrichtungen der katholischen Weltjugendliga seien insbesondere die Delegierten genannt, die in allen größeren Städten der Erde aufgestellt werden, die den reisenden katholischen Jünglingen usw. Auskunft zu geben haben, überhaupt die Liga auf jede Weise unterstützen. Der Weltjugendbriefwechsel soll der katholischen Jugend Gelegenheit geben, mit Kameraden aller Länder in Verbindung treten zu können zwecks Gedankenaustausch usw.

Katholische Jugend und Jungmänner! Wir brauchen eine katholische Jugendinternationale, wollen wir nicht untergehen in dem schweren Kampfe, der kommen wird und kommen muß. Zögert nicht und schließt euch der Katholischen Weltjugendliga an. Bildet Ortsgruppen und propagandiert auf jede Art und Weise unsere Ideen!

Jede weitere Auskunft erteilt die Zentrale in Graz (Steiermark), zu Händen des Herrn Generalsekretärs H. Sappl.

Größenwahn.

Die polnische Zeitung „Nowiny Codzienne" weiß von einem Einspruch Amerikas gegen die Art der Verteilung der deutschen Kolonien, an der nur Frankreich und England Nutzen gezogen hätten, zu berichten und knüpft daran die Forderung, daß auch Polen kraft seiner Machtstellung jetzt einen Teil der deutschen Kolonien erhalten müßte. Es dürfe, meint das Blatt, nicht bezweifelt werden, daß die Völkerliga aus Anerkennung für diejenigen Länder, die unter der deutschen Herrschaft am meisten gelitten hätten, auch Polen einen Teil dieser Kolonien zuerkennen werde.

Dieser Winkelstaat, der bislang noch nicht einmal die eigene Lebensfähigkeit dargetan hat und zu keiner eigenen welt- und wirtschaftspolitischen Orientierung gelangt ist, hat also auch noch den Größenwahn, Kolonialpolitik zu machen.

Aus dem Kleingewerbe.

Der Preisaushang im Schaufenster.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat liegt eine Anfrage vor: Verschiedene Preisprüfungsstellen und Landesbehörden haben über die Verordnung vom 29. 9. 1915 hinaus die Anordnung getroffen, daß der Einzelhandel gezwungen ist, jeden im Schaufenster ausgestellten Gegenstand mit dem Verkaufspreis zu versehen. Eine derartige Verordnung läßt sich in vielen Geschäftszweigen und Geschäften nur durch viel unnützen und kostspieligen Zeitaufwand durchführen, in mittleren und größeren Geschäften und in vielseitigen Warenzweigen überhaupt nicht erfüllen. Anderseits führt Preisaushang im Schaufenster weder zu einer Beruhigung der Bevölkerung, und er schließt auch jedes richtige Urteil über die Angemessenheit oder Uebertriebenheit des Preises aus, weil ja die Preise im Einzelhandel lediglich in die Erscheinung treten, nicht aber ihre Entstehung nachweisen. Wir sind der Ansicht, daß die vorgenannte Anordnung gegen die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung verstößt, das Verlangen der Preisprüfungsstellen also als ungesetzlich zu betrachten ist. Welche Auffassung vertritt die Reichsregierung?

Lebensmittelverkauf in Staatsbetrieben.

Dazu liegt eine Anfrage vor: In diesen staatlichen Betrieben sind in den letzten Jahren Lebensmittelstellen errichtet worden, die im Laufe der Zeit den Charakter von Warenhäusern angenommen haben. Es wird dort von Beamten und Angestellten nicht nur mit Lebens- und Genußmitteln gehandelt, sondern auch mit allen anderen Gebrauchsgegenständen, sogar Reparaturwerkstätten für den Privatgebrauch wurden errichtet.

Die dadurch schwergeschädigten Handwerkszweige des Nahrungsmittel- und Bekleidungsgewerbes und der Kleinhandel verlangen, daß diese Stellen, die als Kriegsmaßnahme vielleicht notwendig waren, nunmehr aufgelöst werden. Zum mindesten wird verlangt, daß die Beamten während der Dienstzeit auf Kosten des Staates und nicht unter Benutzung staatlicher Räume und Betriebsmittel ausüben dürfen. Ferner wird verlangt, daß in dieser Hinsicht alle Transport-, Fracht- und Steuerfreiheit beseitigt wird.

Die Wanderlager

sind Gegenstand einer dritten Anfrage. In letzter Zeit wird aus den verschiedenen Teilen des Reiches ein starkes Umherreisen der Wanderlager gemeldet. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um dem anfässigen Handel und Handwerk den so notwendigen Schutz vor diesen Wanderlagerveranstaltungen zu gewähren? Ist die Reichsregierung bereit, mit möglichster Beschleunigung eine Gesetzesvorlage einzubringen, die auf der Grundlage der Beseitigung der Wanderlager aufgebaut ist? (Der Reichstag hatte die Angelegenheit an einen 28gliedrigen Ausschuß verwiesen.)

Umschau und Ausschau.

Wogegen man sich unter Sozialisten verwahren muß. Wir lesen im „Vorwärts":

Die „Freiheit" bringt eine Notiz, in der sie darauf aufmerksam macht, daß „die Rechtssozialisten" einer Erhöhung der Gehälter der preußischen Geistlichen zugestimmt haben. Dies ist unwahr. In der Sitzung der Preußischen Landesversammlung vom 14. Januar dieses Jahres hat die Sozialdemokratische Fraktion diesen Beschluß des Hauptausschusses der Landesversammlung dadurch beseitigt, daß sie das Haus beschlußunfähig gemacht hat. Hätte sie das nicht getan, dann wäre der Beschluß des Hauptausschusses, die Gehälter der Geistlichen und Bischöfe zu erhöhen, gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Partei angenommen worden. Das mußte verhindert werden und deshalb beantragten die Sozialdemokraten, über diesen Beschluß des Hauptausschusses namentliche Abstimmung vorzunehmen, sie haben sich dann an der Abstimmung nicht beteiligt und damit das Haus beschlußunfähig gemacht. Dadurch sind diese Bestimmungen wieder beseitigt worden. Am 18. Januar stellte Ad. Hoffmann den Antrag, daß für die Kirchen keine neuen Zuwendungen gemacht werden dürfen. Dafür stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten, während die Unabhängigen merkwürdigerweise sitzen blieben und damit die Ablehnung dieses Antrags herbeiführten."

Das sind die Leute, die das soziale Gefühl gepachtet haben! Wenn die Roten derartige Beweisführungen und Ruhmredereien, daß man eine gewisse Gruppe Menschen von der Wohltat einer anständigen Bezahlung ausgeschlossen hat, in bürgerlichen Zeitungen lasen, würde das Gehetze gegen die „Reaktionäre", „Kapitalisten", „Ausbeuter" pp. ansetzen.

Dilettanten in der Verwaltung! Vor kurzem ging eine aufsehenerregende Nachricht aus Siegen durch die Blätter. Danach sollte der soz. Regierungspräsident in Arnsberg bei zahlreichen angesehenen u. allgemein geachteten Bürgern Siegens und der Umgegend polizeiliche Haussuchungen haben vornehmen lassen. Als Grund zu diesem Vorgehen wurde geltend gemacht, dem Regierungspräsidenten sei aus einwandfreier Quelle hinterbracht worden, daß die zu durchsuchenden Leute Mitglieder der in Preußen verbotenen Organisation Escherich seien; die Durchsuchungen sollten den Beweis erbringen, daß diese verdächtigen Leute sich der strafbaren Handlung, als welche die Mitgliedschaft zur Orgesch zu gelten habe, schuldig gemacht hätten.

Die „Kölnische Zeitung" stellt nun auf Grund von Nachforschungen fest: „Ueber die gesetzlichen Verordnungen hat sich der Regierungspräsident von Arnsberg glatt hinweggesetzt. Die Folgerung, die sich aus dieser Feststellung ergibt, ist selbstverständlich. Preußen braucht Beamte, die ihre Dienstobliegenheiten kennen, die ihre Gesetzesparagraphen im Kopf haben und danach handeln, statt im Lande herumzureisen und agitatorische Wahlreden zu halten, wie es Herr König tut. Nicht nur um ein tüchtiger Schlosser zu sein, — auch um einen Regierungsbezirk vorschriftsmäßig verwalten zu können, muß man etwas gelernt haben. Preußen braucht Fachleute! Wer Hüter des Gesetzes sein will, muß dieses kennen. Wenn ein Regierungspräsident es nicht kennt, so zeigt dieser Fall, daß er sich auch auf einen Oberregierungsrat, auf einen Bürgermeister, einen Landrat und einen Amtmann nicht verlassen kann. Sie vollstrecken seinen Befehl, ohne ihm Ratgeber zu sein, ohne ihn auf das Ungesetzliche seiner Handlungsweise aufmerksam zu machen. Und Gesetz und Recht werden dabei ohne Widerspruch vergewaltigt.

Vor wenigen Tagen hat die gleiche ungesetzliche Handlungsweise in Flensburg blutige Opfer gekostet. Der Chef der dortigen Sicherheitspolizei, Major v. Pilskow, hatte selbständig Haussuchungen vornehmen lassen, die bewaffneten Widerstand der Kommunisten hervorriefen. Pilskow ist daraufhin sofort vom Dienst suspendiert worden. Mit Recht. Für den Fall König gibt es gleichfalls nur diese Sühne. Als Chef der preußischen Verwaltung sind derartige Dilettanten nicht zu gebrauchen."

Der Volksentscheid über die Reichsfarben, der beantragt wird, findet den Beifall des „Berliner Tageblattes", das die Einführung der schwarz-rot-goldenen Fahne für sich stets als ein Stück politischer Romantik und als eine ganz überflüssige Erschwerung des republikanischen Aufbaues gehalten hat. Das Blatt freut sich schon, daß die schwarz-weiß-rote Fahne, die ehemals den preußischen Konservativen so außerordentlich unsympathisch war, wieder eingeführt werden soll; dann heißt es: „Nicht auf äußerliche Symbole, sondern auf den Geist, nicht auf die Farben eines Fahnentuches, sondern auf die — leider noch sehr mangelhafte — Durchdringung des Staates mit republikanischen und demokratischen Grundanschauungen kommt es an. Nicht unbeachtet darf man allerdings lassen, daß eine Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Fahne vom Auslande wahrscheinlich so gedeutet werden würde, als versinke nun die deutsche Republik immer mehr in die Reaktion. Die Unabhängigen und Kommunisten, die über Schwarz-rot-gold immer nur gespottet und sich mit dem Rot begnügt haben, werden wohl nicht unterlassen, einen solchen Beschluß in ihrem Sinne auszubeuten. Schon darum wäre es wünschenswert, daß auch die Sozialdemokratie einer Volksbefragung, gegen die ja grundsätzlich kaum etwas eingewendet werden kann, zustimmte. Und es ist ferner nicht nur wünschenswert, sondern dringend notwendig, mit dem Beschluß über die Farben einen Beschluß über Festsetzung eines republikanischen Feiertages zu verbinden. Und da der hierfür geeignetste Tag, der Tag, an dem die republikanische Verfassung angenommen wurde, erst in den August fällt, so wiederholen wir unseren Vorschlag, es möchte wenigstens in diesem Frühling ein republikanisches Volksfest veranstaltet werden, bei dem man dann zum ersten Male die republikanische schwarz-weiß-rote Fahne wehen lassen sollte."

Was hat Schwarz-Weiß-Rot mit der Verfassungsfrage zu tun?

Mit der Heraufsetzung der Vorlesungsgebühr an den Universitäten von 8 auf 25 Mark, wodurch die Notlage der Studenten gesteigert wird, befaßt sich die „Frankfurter Zeitung": „Die Notlage ist eine ganz außerordentliche, und eine mechanische und umfangreiche Heraufsetzung der Vorlesungsgebühren würde zweifellos für viele eine weitere unerträgliche Belastung bedeuten; wir wären hierfür nicht zu haben, so wenig wir seinerzeit die geplante und dann fallengelassene Heraufsetzung des Schulgeldes für höhere Schulen auf 500 Mark gebilligt haben. Aber so unerfreulich es wäre, wenn durch unerschwingliche Gebühren die Hochschulen vorwiegend nur noch den Reichen offen stünden, so unberechtigt erscheint es, wenn Söhne reicher Eltern die Institutionen eines völlig verarmten Staates benutzen, ohne einen entsprechenden Beitrag zum Unterhalt dieser Einrichtungen zu geben. Es wird also zweifellos ein Modus gefunden werden müssen, der von kulturellen und sozialen Gesichtspunkten aus die Fortführung der Hochschulen ermöglichen hilft. Dazu braucht aber keineswegs, wie die Bayern es planen, zu Protestkundgebungen aufgerufen zu werden, wie denn die eigentümliche Tatsache, daß die Attacke gegen die angeblichen Absichten des preußischen Finanzministers, des Sozialdemokraten Lüdemann, von den bayerischen Hochschülern in erster Linie geritten wird, stutzig macht. Vielleicht ist aber das Interesse des Kreises Bayern für die preußischen Universitäten vom deutschen Hochschulring geweckt worden, der den preußischen Finanzminister unterstellt, es versuche, das Geistesleben des deutschen Volkes durch Aufhebung einzelner wichtiger Hochschulen langsam verstummen zu lassen. Wenn der Führerausschuß des deutschen Hochschulringes noch etwas Sinn für Wahrhaftigkeit hat, dann teilt er vielleicht den bayerischen Kommilitonen mit, welche Parteien im preußischen Landtag die Mittel für die Universität Frankfurt, deren nationale Aufgabe erst kürzlich ein Mitglied des Hochschulringes der Kultusminister Boelitz gegenüber betonte, verweigert haben."

Kinder in Not!

Willst Du fehlen mit Deiner Gabe?

Deutsche Kinderhilfe.

zugleich wurde das Goldgeld für eingezogen und dem Staat für verfallen erklärt.

Köln, 18. Jan. Am Samstag erkrankte in der Eifelstraße ein in den mittleren Jahren stehender Kaufmann, vermutlich nach dem Genuß von Leberwurst, unter Vergiftungserscheinungen so schwer, daß er trotz ärztlicher Hilfe noch an selben Tage im Krankenhause starb.

Opladen, 17. Jan. Der Regierungspräsident hat der Stadt Opladen mitgeteilt, daß er in der Freilassung der Einkommen bis 25 000 Mark bei der Besteuerung des reichseinkommensteuerfreien Mindesteinkommens eine angemessene Besteuerung nicht erblicken könne. Die Stadtverordneten beschlossen infolgedessen, das steuerfreie Einkommen nur bis zum Betrage von 20 000 Mark festzusetzen.

Bochum, 17. Jan. Die Deutsche Volkspartei hat folgende Spitzenkandidaten für Westfalen-Süd zu den Landtagswahlen aufgestellt: Dr. Bölitz, Soest, Kaufmann Engberding, Münster, Gewerberat Grundmann, Hagen, Pfarrer Meyer, Herford, Bergrat Seidel, Gelsenkirchen, Frl. v. Kulessa, Berlin, Knappschaftsältesten Bergmann Hellweg, Hordel, Landwirt Höll, Schalksmühle, Ingenieur Hellmann, Hagen.

Bochum, 18. Jan. In der letzten Zeit mehren sich im rhein.-westf. Industriegebiet die Methylalkohol-Vergiftungen derart, daß man in den Aerztekreisen eine schwere Gesundheitsschädigung der Bevölkerung befürchtet. Der durch Trockendestillation des Holzes gewonnene Methylalkohol (Holzgeist) bewirkt schon bei geringem Genuß, auch in Mischungen, fast vollständiges Erblinden und bei starkem Zuspruch unfehlbar den Tod. Ebenfalls hat der Genuß des Brennspiritus, da er sich nach den neuesten Versuchen nicht von seinen giftigen Denaturierungsmitteln trennen läßt, äußerst schwere Beschädigungen zur Folge. Es muß daher immer und immer wieder vor übermäßigem Branntweingenuß gewarnt werden. Die Folgen sind natürlich durch die lange Unterernährung der Bevölkerung um so schwerer.

Gelsenkirchen, 18. Jan. Unter dem dringenden Verdacht, an der Ermordung des Kaufmannes R. Henschke mitgewirkt zu haben, ist in Berlin der Schlosser Herbert Buchmann von hier verhaftet worden, der sich dort unter dem Namen Herbert Löffler aus Stendal aufhielt. Buchmann wird auch von der hiesigen Kriminalpolizei wegen verschiedener Straftaten gesucht.

Bernkastel, 17. Jan. Die Kohlennot in Bernkastel-Cues ist geradezu katastrophal. Die Behörden, Schulen und sogar die Bäcker sehen vor der Notwendigkeit, die Tätigkeit einzustellen, von der Brennstoffnot in den Privathäusern und Privatbetrieben ganz zu schweigen. Nur etwa ein Drittel bis ein Viertel der Haushaltungen sind mit 5 oder 10 Zentnern Kohlen beliefert. Alle anderen Familien warten seit Herbst sehnlichst auf Kohlen und mußten sich wie bisher mit teurem Holz und anderem Ersatzbrand durchhelfen.

Freiburg, 17. Jan. Der Täter, der am 3. Januar 1921 früh 12,45 Uhr den Raubmordversuch im Schnellzug Basel—Freiburg verübt hat, ist in der Person des Kaufmanns Ludwig Mutschler, geb. 12. Februar 1887 in Herbolzheim, ermittelt worden. Er ist flüchtig. Auf die Ergreifung des Mutschler ist eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

Kunst und Leben.

Der heutige 3. Lieder-Abend beginnt um 7½ Uhr in der Oberrealschule. Fräulein Maria Philippi, die klassische Vertreterin und Meisterin deutscher Gesangskunst, werden wir von einer uns bisher unbekannten Seite kennen lernen, da sie eine sehr interessante Auswahl volkstümlicher Weisen aus alter Zeit singen will, zuerst geistliche Lieder, dann Lieder von Liebeslust und Liebesleid, alte Lieder aus ihrer Schweizer Heimat und zuletzt frohe Weisen.

4. Sinfonie-Konzert der Städt. Kapelle zu Krefeld.

(Voraufführung.)

„Russische Musik" konnte man dem Programm als Ueberschrift geben, denn nur russische Komponisten beherrschten es. Und zwar war es ein kurzer Durchstich durch die russische Musik des 19. Jahrhunderts, beginnend mit Michael Glinkas Ouverture zu dem phantastischen Gedicht Puschkins „Russlan und Ludmilla" über Peter Tschaikowskys „Sinfonie Nr. 5 E-Moll zum 2. Klavierkonzert C-Moll von Sergei Rachmaninoff. Sie alle drei, wenn auch verschiedenen Generationen angehörend, prägen deutlich die musikalische Wesensart ihres Volkes aus; die als Extreme in der einen Richtung eine träumerische Melancholie, in der anderen die feurige Steigerung leidenschaftlicher Ausbrüche liebt, stets aber schwelgend in den mehr sinnlichen Seiten musikalischer Ausdrucksfähigkeit, einer üppigen und farbenreichen Harmonik und schönen, ja berückenden Melodiefolgen. Wie man diese Seiten bei dem, sich in den Bahnen der überlieferten klassischen Kunst noch bewegenden Glinka, dem „Berlioz Rußlands", anklingen hört, so entfalten sie sich häufig zu berauschender Pracht bei Peter Tschaikowsky, dessen 5. Sinfonie immer ein Zugstück für unsere Orchester ist und auch den Krefelder Musikern unter Dr. Siegels Leitung rauschenden Beifall eintrug. Nicht minder fesselte uns, ja nahm uns als Werk eines hochbegabten musikalischen Talentes das Klavierkonzert von Rachmaninoff, der unserer Generation angehört, gefangen. Rachmaninoff ist selbst Pianist und so kennt er die Klangmöglichkeiten dieses Instrumentes aufs genaueste. Dadurch bringt er es fertig, den Klang dieses Instrumentes vollständig in den Klangkörper des Orchesters einzufügen, so daß das aufdringliche Solistische ganz bei Seite geschoben wird und man wirklich ein Konzert für Klavier und Orchester hört. Diese Auffassung leitete offenbar auch den Solisten Herrn Fritz Malata-Frankfurt, der seine Aufgabe mit souveräner Technik gerecht wurde, die Steigerungen mit gewaltiger Kraft aufbauend, dem sinnlich berückenden Zauber dieser Musik in den mehr getragenen Partien allerdings häufig etwas kühl gegenüberstand.

Aus Nah und Fern.

Krefeld, 17. Jan. Die Zollbehörde in Köln und in Kaldenkirchen war vertraulich davon verständigt worden, daß der in Venlo wohnende Kaufmann Hubert Peters regelmäßig nach Deutschland komme, um von dort aus Edelsteine und Goldgeld bei Kaldenkirchen nach Holland über die Grenze zu bringen. Er habe in Berlin ein Absteigequartier und werde dort von seinen Hintermännern mit Goldgeld und Brillanten für die Ausfuhr nach Holland versehen. Peters wurde infolgedessen an der Grenze scharf beobachtet. Als er am 24. Oktober von einer Fahrt nach Berlin zurückkehrte, wurde er von einem Zollbeamten auf dem Wege zur Landesgrenze verfolgt. Bevor er über die holländische Grenze gehen konnte, wurde Peters verhaftet. Bei seiner Durchsuchung wurde auf seinem bloßen Körper ein Gürtel gefunden, der für den Goldschmuggel besonders eingerichtet war. In diesem Gürtel waren annähernd 1000 deutsche und ausländische Goldmünzen — die in Papiergeld einen Wert von 400 000 Mark hatten — verborgen. Das Goldgeld wurde beschlagnahmt und Peters verhaftet. Die Strafkammer in Krefeld verurteilte ihn wegen Goldgeldschmuggels zu 4 Monaten Gefängnis

Wir bitten unsere verehrten Abonnenten, bei nicht regelmäßiger oder prompter Zustellung unserer Zeitung uns schriftlich zu benachrichtigen, damit wir für evtl. vorkommende Mängel Abhilfe schaffen können.

Die Expedition der Neuß-Grevenbroicher Zeitung.